

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 4 Mal und ist durch die Expedition, Neue Straßburger Str. 2/3, und durch Postverkäufer zu beziehen. Preis vierteljährlich 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen 2.50, frei ins Haus 2.75, 3.00, wo keine Post am Orte. 2.12. 2.24.

Abbestellungsbedingungen: Bestellungen für die ständige Columnelle über den Namen des Abonnenten. Preis 40 Pf. Doppelhefte außer Zeit 1 Mk. Infrasc für Arbeitsmarkt 15 Pf. Auswärtige 25 Pf. Vereins- u. Versammlungs-Anzeigen 15 Pf. Infrasc für die nächste Nummer müssen bis Sonntag 1 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 152.

Breslau, Mittwoch, den 2. Juli 1913.

24. Jahrgang.

Reichstagschluß.

Die Militärvorlage unberührt angenommen. — Milberung der Militärjustiz. — Die Konservativen in Opposition.

Die Annahme der gesamten Militärvorlage, die Wiederherstellung der gestrichenen Kavallerieregimenter war nach der Haltung, die alle bürgerlichen Parteien während der wochenlangen parlamentarischen Beratung eingenommen hatten, von vornherein gewiß. Ohne Ueberraschung wird das Volk es vernommen, daß es durch die Reichstagsbeschlüsse vom 30. Juni verpflichtet worden ist, in Zukunft jährlich 63.000 seiner Söhne mehr als bisher in die Kasernen zu liefern. Noch nie, seit das Reich besteht, haben die bürgerlichen Parteien in ihrem militärischen Bewilligungseifer eine so lückenlose Geschlossenheit bewiesen. In dieser Beziehung gibt es keinen Unterschied mehr zwischen konservativ und fortschrittlich, nationalliberal und Zentrum. In Zukunft muß es jeder wissen: Wer nicht sozialdemokratisch stimmt, er stimme für welche Partei immer, der stimmt für stets erneutes Belächeln, für neue Militär- und Marinevorlagen.

Weil es sich in der Frage der Wehrvorlage um eine schon längst entschiedene Sache handelte, stand die Abstimmung über sie auch nicht im Mittelpunkt des Interesses. Mit viel größerer Spannung erwartete man die Entscheidung über die Reform der Militärjustiz, die im letzten Augenblick durch einen kraftvollen Vorstoß der Sozialdemokratie ins Rollen gebracht worden war. Und sofort bei Beginn der Sitzung zeigte sich, daß die Regierung zur Nachgiebigkeit bereit ist. Im Handumdrehen war ein Gesetzesentwurf in allen drei Lesungen erledigt, der die Mindeststrafen für Aufrühr und Meuterei von 5 Jahren Zuchthaus auf 6 Monate Gefängnis herabsetzt. Der Reichskanzler versprach, im Bundesrat für die Annahme des Entwurfes zu wirken, an dessen Gesetzgebung danach kein Zweifel besteht. So haben die Sozialdemokraten für Herrn v. Bethmanns unvorsichtiges Wort, die Sozialdemokratie wolle ja gar nicht bessern, sofort glänzende Revanche genommen: eine Revanche der Tat. Wie die Sozialdemokratie den Militärministerhandlungen entgegengetreten, für die Erhöhung der Mannschafstärkung gefordert hat, so ist ihr jetzt gelungen, eine Milderung der barbarischen Militärjustiz durchzusetzen. Da bei Änderungen des Strafgesetzes in schwebenden Prozessen das mildere Gesetz anzuwenden ist, wird die Gesetzesänderung auch schon den Erfurter Angeklagten in der Revisionsinstanz zugute kommen.

Ein zweiter Punkt, der das allgemeine Interesse auf sich konzentrierte, war die Abstimmung über die Deckungsvorlagen. Die Erklärung, die Genosse Haase hierzu im Namen der sozialdemokratischen Fraktion abgab, war einleuchtend und konsequent. Sie enthält in knapper Zusammenfassung alles, was zu diesem Thema in sozialdemokratischen Reichstagsreden und Presseäußerungen gesagt worden ist. Besonders erfreulich ist in dieser Erklärung die Betonung der Tatsache, daß sich die deutsche Sozialdemokratie in voller Uebereinstimmung mit der französischen Bruderpartei befindet, indem sie einzelnen Deckungsvorlagen ihre Zustimmung erteilt, um dadurch die Lasten des Belüsterens auf die Schultern der Besitzenden zu legen. Im Sinne dieser Erklärung hat dann die Fraktion das allgemeine Finanzgesetz und das Stempelgesetz abgelehnt, den Wehrbeitrag und die Vermögenszuwachssteuer aber angenommen.

Als die ersten Nachrichten von der neuen Militärvorlage auftauchten, ist in der sozialdemokratischen Presse sofort gesagt worden: Wir müssen alles tun, um die Militärvorlage zu Fall zu bringen; gelingt dies aber nicht, dann muß dafür gesorgt werden, daß die Besitzenden die Kosten der Vorlage bis auf den letzten Pfennig zu bezahlen haben. Mit diesem Aktionsprogramm ging es nun recht merkwürdig. Sein erster Teil erwies sich als unausführbar, und man mußte sich mit der Erkenntnis bescheiden, daß bei dem gegenwärtigen Zustande des bürgerlichen Geistes in Deutschland selbst Götter gegen Militärvorlagen vergeblich kämpfen würden.

Umgekehrt erwies sich der zweite Teil des Aktionsprogramms als in viel höherem Maße durchführbar, als man dies noch vor wenigen Monaten für möglich gehalten hätte. Zum ersten Mal sind die Lasten einer neuen Rüstungsvorlage wirklich zum allergrößten Teil den Besitzenden auferlegt. Und das bedeutet einen Wendepunkt in der Entwicklung des deutschen Finanzwesens, einen Wendepunkt der inneren Politik.

Die Konservativen haben daraus ihre Konsequenzen gezogen, indem sie gegen die Vermögenszuwachssteuer stimmten. Ihre Parole lautet fortan: Jeden Mann, aber keinen Groschen! Sie bereiten sich darauf vor, aus einer agrarischen Feudalpartei zu einer Partei der reichen Leute schlechthin zu werden, und mit der Steuerhege, die ihrer Steueropposition halb folgen wird, die Besitzenden aus dem Lager der liberalen Parteien hinauszureißen. Wie weit ihnen das gelingen wird, steht dahin. Gelingt es ihnen, dann werden die liberalen Parteien durch die Ent-

wicklung weiter nach links getrieben werden, als es ihnen selber lieb ist, denn je weniger sie auf die besitzenden Kreise rechnen können, desto mehr werden sie gezwungen sein, den Massen Konzessionen zu machen, wenn sie nicht gleich zugunsten der Sozialdemokraten abhandeln wollen. Die Junker aber haben durch ihr Verhalten die noch hinter ihnen stehenden Massen (soweit da noch von Massen die Rede sein kann) gründlich vor den Kopf gestoßen. Was sie da getan haben, das nennt man in der Kriegervereinsprache, „dem Vaterlande die zu seiner Verteidigung nötigen Mittel verweigern“. Selbst die Reichsparteiler rückten im letzten Augenblick von diesem politischen Selbstmörderklub ängstlich ab und ließen ihn allein mit seinem Glend — und den Polen!

Die zerstörende Wirkung der konservativen Steuerablehnung kann durch die Erklärung des Grafen Westarp nicht gemildert, sondern nur verstärkt werden. Graf Westarp nennt die Heranziehung der Besitzenden zu den Reichslasten „Geist vom Geist der Sozialdemokratie“, und für diese Aufrichtigkeit kann man ihm nur danken. Ja, wenn man den Reichen nimmt, um die Armen zu schonen, so ist das „Geist vom Geist der Sozialdemokratie“. Wenn man aber den Armen das letzte Stück Brot verteuert und versteuert, um die Reichen zu schonen, ja sie noch reicher zu machen, so ist das Geist vom Geiste der Konservativen. Es ist gut, daß darüber durch gegenseitige offene Aussprache endlich einmal offene Klarheit geschaffen worden ist.

Graf Westarp spekuliert auf die naiven Gemüter, denen man jede Sache graulich machen kann, indem man sie mit der Giftmarke „Sozialist“ verzieht. Aber was ist nicht alles sozialistisch und sozialdemokratisch! Der Wehrbeitrag ist noch sozialistischer als die Vermögenssteuer, trotzdem haben die Konservativen für dieses sozialistische Gesetz gestimmt, weil sie hier, wo es sich um eine Regierungsvorlage handelt, der Mühe verließ. Aus Feigheit haben sie auch — bis auf Herrn Krelh — für die ihnen höchst widerwärtige Milberung des Militärstrafgesetzes gestimmt, und auch dies war „Geist vom Geiste der Sozialdemokratie“.

Nun ist der Reichstag bis zum 20. November vertagt, und ein wichtiger Kampfabschnitt unserer Zeitgeschichte ist zu Ende. In den Schlusssreden, die die Sozialdemokraten nicht mehr anhöreten, wurde die Friedensliebe Deutschlands gefeiert. Für diese Friedensliebe stehen wir ein mit 110 Abgeordneten und 4 1/2 Millionen Wählern. Für die endgiltige vollständige Versöhnung mit Frankreich zu wirken, und der Junkerherrschaft wie im Reichstag so auch in Preußen ein Ende zu bereiten, das sind die nächsten Aufgaben der auswärtigen und der inneren Politik für das deutsche Arbeitsvolk. Was mißlang, zeigt, wie viel noch zu tun ist. Was erreicht ward, hebt den Mut, Größeres zu vollbringen. Vorwärts!

Politische Uebersicht.

Das Ende.

Die Wehr- und Deckungsvorlagen sind gestern in letzter Lesung angenommen und verabschiedet worden. Trotz ihres entschlossenen Widerstandes hat die sozialdemokratische Fraktion das Zustandekommen der Deckungsvorlage nicht hindern können. Die erbarmungslos Kritik, die sie am Militarismus und seiner Kulturfeindlichkeit geübt hat, und deren Berechtigung selbst die bürgerlichen Gegner oft zugeben mußten, hat die Mehrheit nicht gehindert, eine neue gewaltige Steigerung der Rüstungen vorzunehmen. Die Regierung ist hier mit ihrer reaktionären Politik Siegerin geblieben.

Sie kann sogar die Genugtuung haben, daß in der dritten Lesung, die in der Kommission und in zweiter Lesung im Plenum gestrichenen drei Kavallerieregimenter durch einen unerwarteten Umfall des Zentrums wiederhergestellt worden sind, und der Kriegsminister, der nach diesem Botum freudig lachte, konnte nach der Schlußabstimmung die Glückwünsche des Reichskanzlers mit voller Genugtuung entgegennehmen.

Allerdings hat die Regierung n. u. in letzter Stunde eine wichtige Konzession machen müssen. Das „Notgesetz auf sozialdemokratisches Kommando“, wie die „Kreuzzeitung“ ausdrückte, ist zu Beginn der Sitzung nahezu einstimmig, gegen einige wenige konservative Stimmen, angenommen worden, und der Reichskanzler mußte in einer, mit den Parteien zuvor vereinbarten Erklärung zusichern, daß er im Bundesrat für die Annahme dieses Gesetzes eintreten würde. Das furchtbare Kriegsgerichtsurteil von Erfurt hat auch die bürgerlichen Parteien gezwungen, der sozialdemokratischen Anregung zu folgen und wenigstens einige Milberungen in das Militärstrafgesetzbuch aufzunehmen. Für die Sozialdemokratie bedeutet diese Reform, wie Genosse Haase besonders hervorhob, nur den bescheidenen Anfang der ganzen Verbesserung.

Die sozialdemokratische Partei, die in der Rüstungsfrage unterlegen ist, hat auf dem Gebiet der Deckung das Recht, von einem großen Erfolg zu sprechen. Sie hat allerdings auch hier gegen einige der Vorlagen stimm-

müssen. Die trotz aller Zwänge aufrecht erhaltene Judensteuer allein schon verbietet es ihr, für das Finanzgesetz zu stimmen. Ebensovienig konnte sie dem Reichsstempelgesetz ihre Zustimmung geben. Dagegen bedeuten der Wehrbeitrag und das Beststeuergesetz nicht nur die Erfüllung unserer Forderung, daß die Rüstungskosten von den Besitzenden zu tragen sind, sie sind auch der Anfang eines Systems direkter Reichsteuern auf Vermögen, Einkommen und Erbschaft. In der vom ganzen Hause mit Spannung angehörten Erklärung, die Genosse Haase im Namen unserer Fraktion vortrug, ist die Stellung unserer Partei zu diesen Fragen in unmissverständlicher Klarheit ausgesprochen.

Was diese Erklärung besagt, das ergänzte vollends die Ablehnung der Beststeuer durch die Konservativen, und die Erklärung, durch die Graf Westarp diese Haltung begründete. Auch wir konnten dem konservativen Redner zustimmen, als er behauptete, diese Steuer sei vom sozialdemokratischen Geiste erfüllt, und sie führe die Vermögens-, Einkommen- und Erbschaftsbesteuerung in das Finanzwesen des Reiches ein.

Ihre ganze Entschlossenheit vermochte allerdings die antikonservative Mehrheit nicht aufrecht zu erhalten, als es sich darum handelte, die Feststellung der Steuerpflicht der Bundesfürsten, die das Haus in zweiter Lesung vorgenommen hatte, im Gehege zu bewahren. Die Nationalliberalen stießen vor einer kurzen Ermahnung des Reichskanzlers in die schlotternden Reite, und mit 195 gegen 169 Stimmen wurde dieser Absatz 2 des § 43 wieder aufgehoben. Das ganze Gesetz wurde danach mit 280 gegen 63 Stimmen bei 29 Enthaltungen angenommen. Die Rechte stimmte gegen das Gesetz, ein Teil des Zentrums enthielt sich.

Diese Abstimmung besagt klar: Der schwarz-blaue Block, der die Mehrheit bei der Finanzreform von 1909 bildete, ist geschlagen. Die Wahlen von 1912 haben ihr Werk getan.

Dieser Tatsache gegenüber bleiben die üblichen pathetischen Schlußbemerkungen des Kanzlers und des Präsidenten ohne jegliche Bedeutung. In dem Reichstag der 110 Sozialdemokraten hat sich der Einfluß der Arbeiterklasse wirksam erwiesen. Die sozialdemokratische Milberheit, die den Rüstungstendenzen der bürgerlichen Parteien weichen mußte, beschleht heute diesen Sesselsabschnitt mit der Genugtuung, daß sie in einer der wichtigsten Fragen deutscher Politik die Rechte und das Programm des Proletariats zur Geltung gebracht hat.

Die Fürsten vom Opferfuss dispensiert.

Dank dem starken Anstoß von sozialdemokratischer Seite hat der Reichstag in der Frage des Militärstrafrechts die Regierung seine Macht fühlen lassen, und, bevor er die Wehrvorlage verabschiedete, am Montag in drei Lesungen einem Gesetzesentwurf zugestimmt, durch den die Zuerkennung von milbernden Umständen bei militärischen Auflehnungsvergehen ermöglicht wird. Bethmann trug den Umständen Rechnung und stellte seine Unterstützung des Gesetzes im Bundesrat in Aussicht. Damit war aber auch die Kraft der bürgerlichen Parteien, namentlich der Nationalliberalen, erschöpft und obwohl sie eben erst gesehen hatten, daß das Parlament mit etwas Energie die Regierung auf die Knie zwingen kann, tritten sie gleich wieder zusammen, als der Kanzler andeutete, der sozialdemokratische Antrag, wonach der Bundesrat die Behörden bestimmen solle, die die Veranlagung der Bundesfürsten zur Vermögenszuwachssteuer vorzunehmen haben, sei für die Regierung unannehmbar. Der Abgeordnete Funf erklärt, daß er und seine Freunde nicht gewillt seien, „auch nur einen Teil des nationalen Werts, das so große Anforderungen an den Opferfuss des deutschen Volkes stellt, an dieser Frage scheitern zu lassen.“

Das Gerede vom „Opferfuss“ und von der „nationalen“ Angelegenheit wird einem nachgerade zum Ekel. In keinem Moment aber war es mehr unangebracht, den Opferfuss zu preisen, als da, wo die Regierung drohte, das Gesetz scheitern zu lassen, wenn der Reichstag über die einmalige Abgabe vom Vermögen hinaus eine pekuniäre Mitwirkung der Bundesfürsten fordere. Zum Teufel, die Nationalliberalen hätten es doch einmal darauf ankommen lassen sollen, ob der Reichskanzler seine Drohung wahr machen würde. Aller Wahrscheinlichkeit nach hätte es sich wohl überlegt nein zu sagen, wenn vom Parlament die Steuerpflicht der Fürsten ausdrücklich festgestellt worden wäre. Im anderen Falle hätte es ihm doch gar zu stark in die Bude gerechnet. Aber er konnte seine liberalen Pappenscheiter und riskierte den Bluff.

Nun haben die Nationalliberalen sich nicht direkt zu der Theorie von der Steuerfreiheit der Fürsten bekant. Sie haben den sozialdemokratischen Antrag mit der Begründung abgelehnt, daß sie von der Steuerpflicht überzeugt seien, die Entscheidung über den Gehalt überlassen wollten. Echt nationalliberal, man möcht die Veranlagung von sich ab und überläßt, obwohl man in der Lage wäre, durch eine Gesetzesbestimmung Klarheit

über eine kritische Frage zu schaffen, die Entscheidung den Gerichten.

Wenn Volle aber, des können die Nationalliberalen wie die Verbündeten Regierungen sicher sein, trotz diese Epische aus den Kämpfen um die Steuerbefreiung mit besonderer deutlich im Gedächtnis haften bleiben. Die Regierung stellt im letzten Moment die Ablehnung eines mühsam zustandekommenen Kompromisses in Aussicht für den Fall, daß die Bundesfürsten an der Aufbringung der Posten beteiligt werden sollen, die Nationalliberalen aber, die an sich im Gegensatz zu den Konservativen den Standpunkt der Regierung für falsch halten, bezichtigen darauf, von ihrer Macht Gebrauch zu machen, und die Bundesfürsten zum Zuhlen zu zwingen oder ein böses Obitum auf sich laden zu lassen.

Was ist Militarismus?

Herr v. Bethmann-Hollweg hat sich in seiner ungeschickten Rede vom Sonnabend eine Belehrung von den Sozialdemokraten erbeten, was wohl Militarismus sei. Von so einem Ding hat der Reichskanzler sein Leben noch nichts gehört. Ist es etwas zum Essen? Oder was tut man sonst damit? Das möchte er gar so gerne wissen. Aber da blinzelt ihm selber eine Erläuterung auf: Militarismus ist etwas, wodurch man zum Generalleutnant befördert werden kann, und sich seiner Würde erinnernd fragt er: Was ist Militarismus? Meinen Sie mit Militarismus unsere Armee?

Wäre es statthaft eine Frage mit einer Frage zu beantworten, so müßte man dem treuerzigen Frager entgegenen: Was ist die Armee? Meinen Sie damit die Soldaten?

Bethmann ist doch pfiffiger als er aussieht. Die Sozialdemokratie ist die erklärte Feindin des Militarismus, das sagt sie selbst. Seyt man aber an die Stelle des Wortes Militarismus das Wort Armee, so klingt der Satz für kaiserliche Zwecke viel schöner: Die Sozialdemokratie ist eine Feindin der Armee. Die Armee besteht aus Generälen, Obersten, Majoren, Hauptleuten, Leutnants, Unteroffizieren und sogenannten „gemeinen“ Mannschaften. Alle die sollen glauben, daß die Sozialdemokratie ihre Feindin sei, weil sie die Feindin des Militarismus, also der Armee sei.

Scheidemann hat aber den neugierigen Kanzler belehrt, daß der Militarismus nicht 840 000 Menschen, sondern ein System ist. Und diese Antwort, die er schon zuvor aus unzähligen sozialdemokratischen Artikeln und Reden sich hätte holen können, scheint Herrn v. Bethmann überrascht zu haben.

Nein, Herr v. Bethmann ist doch nicht pfiffiger als er aussieht. Und als er Scheidemanns Antwort erhielt, sah er wirklich gar nicht pfiffig aus.

Um das Ergebnis des logischen Exzurses in eine Formel zu bringen: Der Militarismus ist ein System. Die Armee ist ein vielfältig zusammengesetzter Körper. Und weil die Sozialdemokratie die Feindin der Armee ist, d. h. der in der Armee dienenden Freunde des Volkes, darum ist sie die Feindin des Militarismus!

Wird er es nun verstanden haben?

Die geschundenen Raubritter.

Die traurige Lage, in der sich die Konservativen am Ende der Reichstagsession befinden, wird von einem ihrer treuesten Berater, Herrn Heinrich Kippner, in der „Tägl. Rundschau“ in gerabeyn herzbrechender Weise geschildert:

Ausgeschaltet hat sich leider auch die konservative Partei, wenigstens bei der Redungsvorlage. Auch sie steht bei der wichtigsten Vorlage, die im Reichstag seit Jahren entschieden wurde, und die gerade ihre Herzenganaelegerheit sein muß, grollend aber ohnmächtig im Fin. Ein solche Lage hat die konservative Partei noch nie seit Bestehen des Reichstages erlebt. Sie wollte absolut

einen in seiner Mehrheit liberalen Reichstag auf konservative Steuerpolitik festlegen und ist damit gescheitert. Was sie seit der Reichsanfrage verhindern wollte, hat sie in dreifachem Ausmaß beschert bekommen. Ein Kommen, Verlangen und Erbschaft werden vom Reiche in Zukunft direkt befreit. Der Blutbuch, von dem alles Unheil in den Verhältnissen der aufeinander angewiesenen Parteien datiert, hat nicht nur die erhofften Früchte gezeitigt, er hat nicht einmal die Erbansfallssteuer zu verhindern vermocht.

Der Spas an der Willkürvorlage ist auf diese Weise den Junkern gründlich verfallen.

Reichstagsabgeordneter Graf Ranitz gestorben.

Am Montag ist der konservative Reichstagsabgeordnete Graf von Ranitz nach kurzer Krankheit gestorben. Ranitz ist geboren am 17. April 1841 in Mebniden in Ostpreußen. Er gehörte schon dem norddeutschen Reichstage in den Jahren 1868 bis 1870 an. Mitglied des deutschen Reichstages war er ununterbrochen seit 1880. Auch dem preussischen Abgeordnetenhaus gehörte der Verstorbene seit 1886 an. Graf Ranitz hat ursprünglich die Landratskarriere eingeschlagen und war Landrat des Kreises Sprißtau. Später widmete er sich ausschließlich der Politik und er war eine der markantesten Erscheinungen der konservativen Partei. Agrarier vom Scheitel bis zur Sohle, gab er sich wenigstens die Mühe, die agrarischen Forderungen aus den wirtschaftlichen Notwendigkeiten heraus zu begründen. Er begründete auch die Forderung auf Einführung eines staatlich garantierten Getreidepreises. Der Antrag Ranitz, der diese Forderung erhob, wurde Mitte der neunziger Jahre im Reichstag gestellt, aber abgelehnt. Aus dieser Zeit stammt auch das Wort: „Ohne Ranitz keine Säbne“. Damit sollte gesagt sein, daß, wenn die Regierung die Forderung der Agrarier nicht bewilligt, diese auch die Forderung für die Flotte ablehnen würde. Ranitz gehörte auch zu den Agrariern, die bei der Vertretung ihrer Interessen der Regierung gegenüber Rückgrat zeigten. Bei aller Rücksichtlosigkeit war der Verstorbene doch in der Form als Parlamentarier konstant und genoss im Reichstage großes Ansehen.

Graf v. Ranitz vertrat im Reichstage den 2. Wahlkreis des Regierungsbezirks Gumbinnen Ragnit-Billfallen. Er wurde mit 10.082 konservativen Stimmen gewählt. Der nationalliberale Kandidat erhielt 6216, der Genosse S o f e r 2964 Stimmen. Der Wahlkreis ist demzufolge eine sichere konservative Domäne.

Eine verpuffte Staatsaktion.

Im Juli d. J. wurde vom Sozialdemokratischen Bureau für Rheinland-Westfalen in Düsseldorf die Broschüre „Der moderne Militarismus, ein Segen oder ein Unglück für das Volk?“ herausgegeben. Nachdem die Schrift in über 600.000 Exemplaren verbreitet worden war, erwiderte die Staatsanwaltschaft plötzlich, daß ihr Inhalt „staatsgefährlich“ sei. Es fanden nunmehr Hausdurchsuchungen in dem Bureau, im Parteisekretariat, in der Druckerei unseres Düsseldorf-Parteiausschusses und in verschiedenen anderen Orten des Industriegebietes statt. Die Polizei beschlagnahmte circa 18.000 Exemplare der Schrift, der größte Teil der Broschüren hatte seinen Weg in die breiten Massen des Volkes schon gefunden.

Streifer nach § 131 St.-G.-B. (Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen) sollten nach der Ansicht des Staatsanwalts folgende Sätze der Broschüre sein:

„Aber ist unser Heer nicht ein Volksheer? Sind wir nicht ein Volk in Waffen? Unmöglich! Nirgends kommt der Klassengegensatz schroffer zum Ausdruck als im Heer. Kein bürgerlicher Offizier in der exklusiven Garde-Regimenter, kein Proletarier in das Offizierskorps, Kadavergehörig für die Soldaten, Militär, die nur zu oft in Grausamkeit und Brutalität ausartet, Reservatrecht der Vorgesetzten! Ungeheuerliche Strafe für den Soldaten, der glaubt, etwas mehr als eine Maschine zu sein und sich deshalb nicht schämen kann in die Gefesse der Disziplin.“

Genosse L i m b e r g, der Verfasser der Broschüre, hatte sich deshalb am Freitag vor der Düsseldorf-Strassammer zu verantworten. Die Verteidiger stellten eine große Reihe von Beweisanträgen, um darzutun, daß Genosse Limberg unter keinen Umständen seine Ausführungen wider besseres Wissen gemacht habe. Es sollten unter anderem mehrere hundert „Vorwärts“-Artikel vorgelesen werden; ferner war als Zeuge der frühere Oberst Gäßke erschienen. Das Gericht lehnte alle Beweisanträge ab, da es sich bei den unter Anklage stehenden Sätzen nicht um Behauptung von Tatsachen, sondern um Urteile und Meinungen handelte. Trotzdem blieb der Staatsanwalt bei seiner Anklage auf „Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen“. Er unterstellte dem Genossen Limberg einfach, dieser habe behauptet, Militär sei ein Reservatrecht der Vorgesetzten! Er zog zu diesem Zwecke zwei Sätze, die ganz verschiedene Gedankengänge zum Ausdruck bringen, willkürlich zusammen, wollte damit beweisen,

daß er Recht habe, und beantragte einen Monat Gefängnis. Den Verteidigern war es ein Leichtes, die Argumente des Staatsanwalts zu widerlegen. Der Angeklagte kenne doch auch die Gesetze und wisse, daß ein Reservatrecht der Vorgesetzten auf Militär im Heere nicht besteht. Durch die Behauptung solcher Unannehmlichkeiten er sich bei allen urteilsfähigen Leuten unmöglich gemacht.

Nach kurzer Beratung sprach das Gericht den Genossen Limberg frei. Begleitend wurde ausgesprochen: Wäre der inkriminierte Passus, so zu verstehen, wie ihn die Anklage aussagt, so wäre das der einzige Sinn, den die Broschüre enthielte. Es sei nicht anzunehmen, daß der Angeklagte, der sich sonst sehr klar ausdrückt, gemeint haben könnte, was ihm die Anklage unterstellt.

Das freisprechende Urteil bedeutet für Polizei und Staatsanwaltschaft eine schwere Niederlage. In ganz Rheinland-Westfalen wollte man nach der Verurteilung auch noch alle Verbreiter der Broschüre der Staatsanwaltschaft ausliefern. Und nun muß die Staatsanwaltschaft auch die beschlagnahmten 18.000 Exemplare wieder herausgeben und zusehen, wie sie ihre aufklärende Wirkung im Volke tun.

Zur Frage der Abonnenten-Versicherung.

Im Februar d. J. ist im Reichstage über eine Denkschrift des Reichsanwalts des Innern verhandelt worden, die sich auf die Abonnentenversicherung gewisser Zeitungen bezog. Im Reichstage wandten sich das Zentrum und die Sozialdemokratie gegen diese Einrichtung. Es hat nun vor einigen Tagen im Reichstage eine Konferenz über die Frage der Abonnentenversicherung stattgefunden, in der Ministerialdirektor Caspar den Vorsitz führte. Aus dem Vertreterverzeichnis ergibt sich, daß zwar Vertreter von Versicherungsbehörden, von Versicherungsbanken, die sich mit der Abonnentenversicherung abgeben, von Zeitungsredaktionen und der Verleger der bekannten Zeitschrift „Nach Feierabend“ teilnahmen, jedoch kein Vertreter der Arbeiterpresse. Vermutlich ist keiner eingeladen worden. Die Verhandlungen zeigten, daß sich in der Haltung der katholischen Presse eine Veränderung vollzogen hat. Es wurde mitgeteilt, daß man in einer jüngst abgehaltenen Versammlung des Augustinusvereins zu der Überzeugung gekommen sei, daß bei der Ausbreitung, die die Abonnentenversicherung gefunden habe, eine Verschlebung dagegen nicht mehr zweckmäßig sei. (Es ist anzunehmen, daß eine gewisse Angst von der gemeinschaftlich-gesellschaftlichen Volkserziehung an dieser Veränderung ihren Anteil hat.) Die Aussprache ergab, daß die Verbündeten Regierungen eine Abwelle zum Versicherungsrecht einbringen dürften, durch die die Abonnentenversicherung allgemein der Aufsicht des Aufsichtsamts für Privatversicherung unterstellt wird. Man kann getrost sein, daß das Zentrum dann im Reichstage nicht mehr gegen die Abonnentenversicherung auftreten wird, sondern maßgebend erklärt, durch die Unterstellung unter die amtliche Aufsicht werde Mißbräuchen der Regel vorgebeugt. Eine neue Episode trat sich am Schluß der Konferenz zu. Es war von einem Vertreter der Münchener Lebensversicherungsbank behauptet worden, daß die Versicherungsgesellschaften bei der Abonnentenversicherung wenig Seide spinnen. Daraufhin erklärte der Führer einer in Folge der Abonnentenversicherung stark verbreiteten Zeitschrift, daß die Münchener Anstalt im letzten Jahre an ihm allein 180.000 Mark verdient habe. Daraus könnten diejenigen Arbeiter, die immer noch glauben, durch die Abonnentenversicherung sich etwas Gutes zu tun, sehen, wenn sie darüber nügen!

Ein Justiz-Fertum.

Vor einigen Monaten wurden unser Kolhaer Parteiblatt und mit ihm sein Gewährsmann, ein Arbeiter Raab, wegen Verleumdung des Schultheißen Penneberg aus Dietzharz verurteilt. Der Arbeiter Raab erhielt vier Monate Gefängnis, unser Parteiblatt 60 Mark Strafe. Den Ausgangspunkt der Klage bildete eine Schultheißenwahl in Dietzharz, für die Penneberg, der bisherige Schultheiß, wieder kandidierte. Er fiel bei der neuen Wahl durch, und dieser Durchfall ist dem Umstand zuzuschreiben, daß Raab und nach ihm das „Volkblatt“ mitgeteilt hatten, vor 16 Jahren sei bei dem Bau der Wasserleitung in Dietzharz von dem Vater des Schultheißen und seinen Söhnen absichtlich ein Holzstäbchen in die Wasserleitung getrieben worden, um sie so gut wie unbrauchbar zu machen. Die Tatsache konnte nicht bestritten werden, daß die Wasserleitung immer mangelhaft war. Die Firma, die sie ausgeführt hatte, soll sogar die mit der Ausführung betrauten gewissen Beamten entlassen haben, weil man annahm, es liege ein Konstruktionsfehler vor. Es wurden auch, nachdem Raab seine Behauptung aufgestellt hatte, Untersuchungen vorgenommen und Teile der Leitung bloßgelegt und gereinigt, ohne daß die Angaben des Raab bestätigt wurden. Erst jetzt, am vergangenen Freitagabend, fand man an einer Stelle der Wasserleitung einen fest in das Rohr eingeklemmten Holzstäbchen, der dem Wasser den

Erweckt.

Ein Roman aus dem Proletariatsleben von A. G e r. (Nachdruck verboten.)

I.

Durch die Bahnhofsstraße der Heberhadi schreite ich ein dichter Menschenhaufen. Helmstücken und Gewehrklänge blitzen, bunte Kommandos ertönen. Dem Haufen voraus rennt, mit der Spitze in der Hand, ein schneidriger Knabe. An einer schmalen Seitenstraße liegt er ab und läuft in eines der Mietshäuser, deren schmutzige Treppen schon zeigt, daß sie der arbeitenden Bevölkerung zur Wohnung dienen.

Im dunklen Vestibül prallt der Knabe gegen eine Frau, die, mit einem kleinen Mädchen an der Hand, gerade im Begriff ist, das Haus zu verlassen.

„Der Emil, laß dich nicht langsam gehen! Du hast mich ja beinahe umgestoßen!“ schilt unwillig die Frau.

Doch der Bescholtene unklammert mit seinen beiden Händen die Hand der Mutter, zieht sie mit Ungeduld aus dem Haus auf die Straße und spricht mit einer Stimme, durch die verhaltenen Reinen und stablicher Jüngling klingt: „Lass mich mit! Sie haben den Vater!“

„Der Vater? Wer hat den Vater?“ fragt die durch die Aufregung ihres Kindes befüllte gewundene Frau.

„So kann doch! Die Gendarmen!“

Mit einem Ruck reißt die Frau ihr Lichterchen hoch und auf den rechten Arm, und ein blinder Mann vorausstretenden Schreien der Bahnhofsstraße zu. Dem dort wie ein Leuchtfeuer glühend, ein Beweis, daß die Menschenkenntnis sich vor Augen zeigt. Er ist der große, schwarze, bärtige Mann, der sich ein Gesicht über den Mann und Frauen in die Höhe hebt. Hinter ihnen, die Straße füllend, vier Gendarmen, umgeben mit dem Geschloßen auf die Füßchen klopfend.

Der Knabe blickt sich hinter den Vorhang eines Hauses, bis der Schreie verstummt. Er sieht er nur ein Pfeil durch den dunklen Vorhang auf die Bahnhofsstraße. Die Frau ruft nun von dem Bahnhofsplatz mit aufgeregter Stimme: „Mutter, der Emil ist abgegangen! Er hat sich mit dem Knaben in die Höhe gehoben! Er hat sich mit dem Knaben in die Höhe gehoben!“

„Dann ist er ja abgegangen!“ ruft die Frau und schreut auf. „Der Emil ist abgegangen!“ ruft die Frau und schreut auf. „Der Emil ist abgegangen!“ ruft die Frau und schreut auf.

Die Kleine schmeigt ihr Gesicht blüht an die Schulter der Mutter und flüstert bitterlich an zu weinen. „Sei gut, mein Herz“, sagt die Frau, dann öffnet sie schnell die Türe ihrer zu ebener Erde liegenden Stube, die zwei Frauen, Bekannte aus der gleichen Gasse, mit sich in die Wohnung ziehend und die Türe abschließend. „Gott sei Dank, daß wir bei Ihnen vorläufig in Sicherheit sind, Frau Stöhr!“ sagt die eine der Frauen. „Die Gendarmen gebären sich ja wie zehntausend.“

„Sagen Sie mir um Gotteswillen nur erst, was eigentlich passiert ist, Frau Hartmann. Ich weiß nur, was mir mein Emil zugefallen hat, daß die Gendarmen wieder meinen Mann gefaßt haben.“

„Ja freilich, Frau Stöhr. Er hat heute am Bahnhof Pöhlen gestanden, aber weilmehr sich dort verhalten gehalten, da ja niemand Posten stehen soll. Nun hat der alte Winder, der sein Lebtage nur Leute betrogen hat und der jetzt Agent spielt, heute eine ganze Kolonne Leute aus dem böhmischen Gebirge gebracht. Der alte Wimp hat natürlich die armen Menschen angelegen und ihnen kein Wort davon gesagt, daß wir hier freieren.“

„Der Stöhr ist aber doch schon oft in den Arbeiterblättern belästigt worden“, wirft die andere Frau ein.

„Bei dem armen Volk da oben kommt doch in den ganzen Ort keine Arbeiterzeitung, Frau Schneider“, entgegnet Frau Hartmann. „Die wissen von dem, was in der Welt vorgeht, ja rein gar nichts. Sonst hätte sie der Winder gefaßt nicht eingekerkert.“

„Da haben Sie recht“, sagt Frau Stöhr mit Entschiedenheit. „Schlecht sind die Leute nicht, nur furchbar unvorsichtig. Als ich das letzmal mit meinem Mann zu Besuch oben war, habe ich mich ebenfalls entsetzt darüber, wie wenig Leute noch von der Arbeiterbewegung wissen. Mein Mann hat ihnen den ganzen Tag vorgepredigt, da haben sie nur immer mit offenen Mäulern geantwortet, und schließlich waren sie auch ganz begeistert für die Arbeiterbewegung.“

„Es fällt mir bei den Reimen nicht lange vor, weil ihnen die denkwürdigen Ereignisse fehlen. Die Angekommenen waren übrigens aus dem Orte, aus dem Ihr Mann kommt, Frau Stöhr. Sowie der Kampf um den Bahnhof verlaufen hatte, war Ihr Mann aus dem Ort mit dem Knaben, fühlte den Reimen die Stube und sprach fortwährend mit ihnen.“

„Ja, Frau Schneider, ein, welchen hat er sogar einen Schenck gegeben. Er haben noch ganz nahe herum die Gendarmen gefaßt.“

„Es waren aber auch mindestens ein Dutzend Arbeiterblättern von Empfang am Bahnhof“, erzählt Frau Hartmann weiter, „und alle furchtbar böse Gendarmen. Als der Brigadier sah, daß Ihr Mann mit dem Knaben sprach, daß er wie ein Gendarm mit ihm zu tun hatte, hat er sich fürchtend, und forschte ihn sofort weiter zu gehen.“

„Da hat mein Mann wohl wieder aufgebraut?“

„Aber ordentlich, Frau Stöhr. Viel ist an ihrem Manne ja nicht; er besteht nur aus Haut und Knochen; aber Courage hat er, wie kein zweiter unter unseren Männern. Ausgrund weichen Reden und Gesetzen wollen Sie mir verbieten, Verwände zu begründen und mit Bekannten zu sprechen? Hat er heftig dem Brigadier geantwortet. Ich sehe hier mitten auf der Straße und bin keinem Menschen im Wege. Warum wollen Sie die da — dabei zeigte Ihr Mann auf den Hausen Fabrikanten — nicht fort, die das ganze Trottoir verstopfen und den Verkehr hemmen? Wo steht geschrieben, daß wir Arbeiter minderen Rechtes sind? Uns gehört die Straße genau so, wie den reichen Pantofflern, Tagelöhnen und Müßiggängern.“

„Ja, richtig hat er es dem Brigadier gesteckt“, ergänzt Frau Schneider die Erzählung der Frau Hartmann. „Und wir, unsere Männer und alle Arbeiter, die sich angesammelt hatten, haben dazu Bravo! Bravo! gerufen und in die Hände geklatscht.“

„Wäre ich doch nur zur Stelle gewesen, viellecht hätte ich meinen Mann doch beruhigen können.“

„Da war nichts zu machen, Frau Stöhr. Der Brigadier hat sich auf nichts eingelassen, sondern Ihren Mann sofort für verhaftet erklärt. Ein Gendarm hat ihn wie einen Verbrecher im Genick gepackt und vor sich hergestoßen. Ihr Mann hat sich das aber nicht gefallen lassen, sondern sich kräftig zur Wehr gesetzt. Da haben sich aber immer mehr Gendarmen auf ihn geworfen, bis sie ihn übermächtig und in Ketten schloßen.“

„Geschell haben sie meinen Mann?“ schreit Frau Stöhr auf.

„Ja“, antwortet Frau Schneider. „Wir haben unsere Männer mit Gewalt zurückhalten müssen. Sie wollten sich auf die Gendarmen stützen. Aber es hätte doch nichts genützt und sie hätten sich nur unglücklich gemacht. Die Arbeiter, die zugehört haben, waren alle furchbar wütend und haben geschrien: Schwere Strafe! Schwere Strafe! Zehn über einen, da kommt ihr wohl gut Herr werden!“

„Und die Angekommenen, was haben die zu dem Aufritt gesagt?“ fragt Frau Stöhr. „Die haben doch gleich einen schönen Begriff bekommen von den Zuständen, die bei uns herrschen.“

„Die bestien sich um und wollten sofort wieder nach dem Bahnhof zurück“, antwortet Frau Hartmann. „Aber die Fabrikanten verpörrden ihnen den Weg und kriegen sie nicht zurück. Und dann ist der alte Winder hinzugekommen, hat ein Papier hochgehalten und geschrien: Es ist Kontrakt gemacht, ihr müßt hierbleiben! Da hat eine Hand voll Gendarmen die Leute in die Mitte genommen und sie wie eine Herde Vieh in die Stadt getrieben. Ten anderen zehn Gendarmen hat der Brigadier befohlen, den Knaben zu verhaften. Die das befohlen worden ist, haben Sie ja noch mit zu sehen bekommen.“

(Fortsetzung folgt.)

Weg versperrte. Wenn nun auch der Hundstich nicht mit den Angaben des verurteilten Arbeiters deckt, so muß eben berücksichtigt werden, daß zwischen der Tat und der Auffindung 16 Jahre liegen. Jedenfalls aber dürfte soviel feststehen, daß auf Grund dieses Fundes der Brauch wieder aufgenommen und der Mann freigesprochen werden muß. Natürlich kann nun auch nicht mehr von einem sozialdemokratischen Wahlmandat gesprochen werden.

Das Ende der „nationalen“ Vereinsversicherungsbank in Düsseldorf.

Am 18. Juni 1910 wurde sie gegründet, am 26. Juni d. J. sollte sie, nach der veröffentlichten Tagesordnung, ihre Liquidation beschließen. Anfang, Entwicklung und Ende dieser aus den Kreisen der Großindustriellen im Rheinland und Westfalen geborenen „nationalen“ Volkerversicherungs-Vereinsbank von großem Interesse. Was war der Zweck? Vollziehung der Lebensversicherung zwecks Bekämpfung der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie, und genau so, wie zurzeit die reaktionäre Presse die Reklametrümmer schlingt für die beiden neuen „Nationalen“, ist auch für sie der übliche „nationaler“ Lamentation worden. Alles umsonst! Der Zusammenbruch war nicht aufzuhalten. Der Organisationsfonds der Vereinsbank, der a fonds perdu von den Gründern gesteuert worden war, betrug Ende 1909 419.808 Mk., Ende 1910 812.181 Mk., Ende 1911 219.077 Mk. Alljährlich wurden demnach 1.000.000 Mk. verpulvert, ohne die erhoffte Wirkung zu erzielen. Trotz aller Opfer die gebracht wurden, trotzdem einige rheinische Großindustriellen ihren Arbeitern so gar Polken der Bank schenken und die Prämien für sie bezahlten wollten, ließen sich die Arbeiter nicht überreden. Ende 1911 hatte die Vereinsversicherungsbank nur einen Versicherungsbestand von 2 Millionen Mk., darunter die lächerlich geringe Summe von 3,5 Millionen Mk. auf Volkerversicherungen. Im Jahre 1912 wird wohl der Rest des Organisationsfonds draufgegangen sein, und um zu verhindern, daß nicht schließlich das Aktienkapital angegriffen wird, muß jetzt die Liquidation erfolgen.

Ueber die gesetzgeberische Arbeit des Reichstags wird berichtet.

Der Reichstag hat von Ende November bis Ende Juni getagt. In dieser Zeit, getrennt durch die Osterferien hat er hauptsächlich zwei Aufgaben gelöst, vor Östern beriet er die Hauptteile des neuen Stats, der allerdings mit einer Verzögerung von vier Wochen nach dem verfassungsmäßigen Termin verabschiedet werden konnte. Die Arbeit der Zeit von Pflanzfest bis Ende Juni war der Wehrvorlage und den Decksungsarbeiten gewidmet. In acht Wochen sind die Vorlagen verabschiedet worden.

Erledigt sind außer dem Etat, der Wehrvorlage, den Entwürfen über den Wehrbeitrag, über das Reichs-Stempelgesetz und dem Entwurf über die Aenderungen im Finanzwesen (Einkommensteuergesetz), das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz, die Schutzgebieten-Novelle über die Wehrfähigkeit kolonialer Vereine, der Entwurf über die Entschädigung der Schöffen und Geschworenen, die Aenderung des Wahlreglements (Wahlurnen einheitlicher Art), der Entwurf über die Zoll-erleichterung bei der Fleischzufuhr, die Uebereinkunft zum Schutze des gewerblichen Eigentums, das Abkommen über ein einheitliches Weltverkehrsrecht, ein Entwurf über die Aenderung von Reichstagswahlkreisen, Nachtragsetats, der Entwurf über den Unterstützungswohnplatz in Bayern und einige andere kleine Gesetze.

Unerledigt geblieben sind: das Postgesetz, das Petroleummonopolgesetz, der Entwurf über die Jugendgerichte, das Konkurrenzengesetz (alle sind von Kommissionen vorbereitet), ferner das neu vorgelegte Spionagegesetz (noch garnicht beraten) und drei kleine Gesetze, schließlich das Literaturabkommen mit Rußland.

Abgelehnt wurde von der Kommission das Kindersaugflaschengesetz.

Außer den Entwürfen wurden noch einige Interpellationen (Stichtsteuerung, Wagenmangel in Westfalen, reichslandische Diktaturgesetze), wenige Initiativanträge und etwa 100 bis 120 Petitionsberichte beraten. An Wahlprüfungsberichten blieben 10 unerledigt. Schließlich wurden 70 keine Anfragen gestellt und beantwortet.

Die Frankfurter Rechtsanwältin und Dr. Spahn. Der Zentrumsgewählte Dr. Spahn ist bekanntlich Präsident des Oberlandesgerichts in Frankfurt a. M. Bald nach seiner Verlegung von Kiel nach Frankfurt a. M. begann ein Konflikt zwischen dem Oberlandesgericht und den Frankfurter Anwälten. Bis dahin waren alle Anwälte, auch wenn sie formell nur ihre Zulassung beim Landgericht beantragt hatten, zur Verhandlung vor dem Oberlandesgericht zugelassen, wenn sie als Vertreter eines beim Oberlandesgericht eingetragenen Anwalts auftraten. In Wirklichkeit beschränkte sich die Tätigkeit des Oberlandesgerichtsrechtsanwalts auf die Zeichnung der Schriftsätze, während die Anfertigung derselben und die tatsächliche Vertretung der ganzen Sache in der Hand des von der Partei damit beauftragten Landgerichtsrechtsanwalts verblieb. Das sollte nicht einem Mal geändert werden. Das Oberlandesgericht wollte nun noch die Anwälte zur Verhandlung zulassen, die in seinen Listen eingetragen waren. Die Anwälte widersetzten sich und brachten den Streitfall vor das Reichsgericht. Trotz der Erklärung des Oberlandesgerichts, daß es die Landgerichtsanwälte nicht anerkennen werde, weigerte sich einer von ihnen, einen Oberlandesgerichtsanwalt zu bestellen, sondern erschien in der mündlichen Verhandlung. Das Oberlandesgericht erhob darauf gegen die Partei, da sie nicht durch einen beim Prozessgericht zugelassenen Anwalt vertreten war, ein Verfallurteil. Das Reichsgericht hat jetzt gegen das Frankfurter Oberlandesgericht entschieden und erklärt, daß die Vertretung durch beim Landgericht zugelassene Anwälte in der mündlichen Verhandlung zulässig ist. Das Oberlandesgericht und sein streikbarer Präsident sind also unterlegen.

Inland.

Ausbruch des Balkankrieges.

Während die Diplomaten nach immer mit der Geduld des Fiebers rechnen, ist es gestern in der Nähe der Stadt Dobruja zu einem schweren Kampf zwischen Serben und Bulgaren gekommen, in dem vier Regimenter vernichtet waren. Der König von Griechenland ist nach Saloniki abgereist und die griechische Flotte erhebt den Befehl, mit größter Beschleunigung nach Thessaloniki und Elefthera abzugehen. Nach einem Bericht aus dem Hauptquartier haben die Bulgaren auch den Angriff auf der ganzen Griechischfront begonnen. Auf serbischer Seite dauert der Kampf fort. Nachts begannen die Bulgaren den Kampf auf der ganzen Front, vom Ursprung des Radoslaw bis zum Einbruch der Nacht. Die Serben sind in der Schlacht bei Kumanovo unterlegen. Auf beiden Seiten nehmen an den Kämpfen größere Infanterie- und Kavallerieverbände teil.

Das amtliche Pressebüro veröffentlicht folgende Depesche aus Saloniki: Die bulgarische Armee begann einen allgemeinen Angriff gegen die griechischen und serbischen Streitkräfte in der durch die Serben besetzten Region, überschritt die durch das Protokoll festgesetzte Grenzlinie und rückte gegen die Städte Dobruja und Elefthera vor. In der Annahme, daß Gengelt von den Bulgaren besetzt sei, überschritt die bulgarische Armee die gleichfalls im griechisch-bulgarischen Protokoll festgesetzte Grenze bei Pangasos im Gebirge und marschiert auf Elefthera. In Elefthera stationierte griechische Kompanie wurde abgeschnitten. Die griechische Abteilung im Tale Mustafa wurde angegriffen und zog sich auf Tzest zurück. Von der Kompanie in Elefthera liegen keine anderen Nachrichten vor, als daß Sonntag abends 6 Uhr 30 Min. 20 Kanonenschüsse gegen den Ort abgegeben sind. Montag früh 4 Uhr wurde nördlich von Dobruja auf dem linken Ufer des Wardar Geschützfeuer vernommen. Drei bulgarische Regimenter aus Doirano griffen auf dem linken Ufer des Wardar bei Meglikos die serbischen Vorposten an. Bulgarische Artillerie beschießt die auf dem rechten Ufer befindlichen Besatzungen. Um 3 Uhr früh wurde ein griechischer Posten, der 12 Kilometer von Karamiti entfernt in der Nähe von Milindra stand, angegriffen. Um 7 Uhr 45 Minuten morgens griff ein bulgarisches Bataillon den griechischen Posten bei Agrita an, um 8 Uhr 30 Minuten rückten die Bulgaren gegen Bagolikas vor.

Die finanzielle Deckung der Militärvorlagen.

Unser Pariser Korrespondent schreibt uns vom 29. Juni: Rascher als es die Freunde der dreijährigen Dienstzeit träumen ließen, hat sich die Regierung dazu entschließen müssen, die Beschlüsse zur Deckung der durch die neuen Militärvorlagen verursachten Unkosten anzukündigen. In den letzten Wochen hatte die allwissende Presse ein vorläufiges Schwelgen auf diesem Gebiet beobachtet, und gerade jene Blätter, wie der „Temps“, die „Debat“, die gewöhnlich bei der kleinsten Sozialreform Jeter und Morbis schreien, wenn die zu ihrer Verwirklichung nötigen Summen nicht sofort bereitgestellt werden, schienen es diesmal für höchst überflüssig zu halten, sich klar darüber auszusprechen, woher die paar hundert Millionen, die mehr ausgegeben werden müssen, hergeholt werden könnten. In einigen radikalen Blättern wurde zwar ungewidmetig darauf hingewiesen, daß nur Einkommen- und Verbrauchssteuern steuerer geschaffen werden dürften, und die sozialistische „Humanität“ wiederholte täglich, daß die Fraktion sich ganz nach dem Muster der deutschen, für den Fall, daß die neuen Militärvorlagen angenommen werden sollten, alle Mühe geben würde, um die Lasten den bestehenden Klassen aufzuladen. Als der Ministerpräsident Barthou am Donnerstag seine große Rede zur Verteidigung der Regierungsvorlagen hielt, ging er mit keinem Wort auf die finanzielle Frage ein. Die Rechte und das Zentrum schienen überglücklich, daß die Sozialisten ihm das nicht vorwarfen. Ihre Freude sollte nicht lange dauern. In der Freitagssitzung, als über den Antrag der Regierung verhandelt wurde, ein steuertes „provisorisches Budget“ zu bewilligen, da das Gesamtbudget für 1913 noch nicht erledigt ist, verlangte Jaures plötzlich im Namen der sozialistischen Fraktion, daß die Zustimmung vertagt werden sollte, bis sich die Regierung über die Art und Weise ausgesprochen habe, wie die finanzielle Deckung der Militärvorlagen beschaffen sein sollte. Zweck dieser Forderung der Ministerpräsident Barthou drumherum zu wehen, aber schließlich blieb ihm nichts anderes übrig, als das feste und klare Versprechen abzugeben, daß die Regierung es als selbstverständlich betrachte, daß die Unkosten durch Einkommen- und Vermögenssteuern gedeckt werden müßten und daß sie auch Vorschläge in diesem Sinne einbringen werde. Diese Erklärungen veranlaßten Jaures, seinen Vertagungsantrag zurückzugeben, worauf das liberale provisorische Budget gegen die Stimmen der Sozialisten von den etwas verblüfften, übercampolten Herren des Zentrums und der Rechten angenommen wurde. Die reaktionäre Presse zeigt sich sehr beunruhigt, ohne jedoch den Mut zu finden, ganz offen ihrer Feindseligkeit gegen die Sozialisten Ausdruck zu verleihen. Der „Temps“ und „Debat“ empfehlen kurzfristige Anleihen zur Deckung des Budgetgleichgewichts und tun, als ob die Verprechungen Barthous gar keine besondere Wichtigkeit hätten. In Wirklichkeit sind sie in so bindender Form abgegeben worden, daß sich die Sozialisten in der wirksamsten Weise auf sie berufen können, wenn es zu den entscheidenden Kämpfen im Parlament kommt.

Ein beförderter Sozialist. Der König Albert von Belgien hat den Sozialisten Emil Raes zum Ritter des Leopoldordens 3. Klasse ernannt. In der „Nieuwe Gaele“ wird hierüber folgendes berichtet: „Unter den Magistraten, welche gestern den Leopoldorden empfangen haben, ist auch der achtbare Herr Raes, Mitglied des Handelsgerichts und sozialistischer Senator. Es spricht von selbst, daß der Herr Raes die Dekoration nicht tragen wird, so lange er nicht die Erlaubnis vom Allgemeinen Rat der belgischen Arbeiterpartei bekommen hat, und es ist sehr zweifelhaft, daß diese ihm die Genehmigung gibt.“

Unter Standpunkt zur Zolltarifposition „Kinderspielzeug“ ist bekannt. Aber trotzdem muß doch hier auf den großen Unterschied hingewiesen werden, der zwischen den Anschauungen in den „höchsten Kreisen“ Belgiens und Preussens-Deutschlands besteht. In Belgien wird ein Mann, der als Kind eines armen Arbeiters geboren wurde und sich dann vom einfachen Wehrgesellen in die Höhe gearbeitet hat, zum „Ritter“ ernannt, in Deutschland schweben auch die tüchtigsten Arbeiter, wenn sie nicht burkapatriotisch gesinnt sind, bloß in der Gefahr, „niedergeritten“ zu werden. In Belgien kann auch der Sozialdemokrat zu den höchsten Ehrenposten aufsteigen.

Versammlungen gegen den Marokkofeldzug. In zahlreichen Orten Spaniens wurden am Sonntag Versammlungen gegen den Marokkofeldzug abgehalten. In Valencia kam es hierbei zu leichten Unruhen.

Sport- und Körperpflege.

Weibliche Körperkultur.

Aus Turnerkreisen wird uns geschrieben: Ein Rahmentwurf an unsere Frauen und Mädchen! Liebe Proletarin, auch Du, heute noch ein Opfer nicht nur der verkehrten kapitalistischen Produktionsweise, sondern auch einer vorurteilvollen Welt, zwingt Dich nicht frei machen von den weiblichen Gesundheitschancen, sondern Dich in die Hände der weiblichen Körperkultur zu werfen. Unsere, heute in der Mode stehenden Körperformer, Korsetts nennt Ihr es, ein aufgestützter Mensch sagt, Marbrantinstrument, Bürger der weiblichen Gesundheit, sind es, die einen großen Teil des Einkommens und Lebens unserer weiblichen Jugend ausfüllen. Sie wollen die Frauen sein, was auch demütig ist. Doch, um wahr zu sein, muß man da zu Korsetts und anderen Gesundheitsmitteln greifen, wo es bei gutem Willen und Ausdauer auf anderem Wege zu erreichen ist. Liebe Proletarin! Das ganze Bild der Modes ist es, wenn sie nicht weiß, daß diese Verfalls- und Lebensform sind. Betrachte Du es nicht als ein Ungeheuer, sondern als nicht mit Deinem Schicksal, wenn Du Dich der Naturgesetze und Friedensstörer unglücklicher Arbeiterfamilien bei Dir selbst, Arbeiterfrauen und Mädchen! Ihr habt es in der Hand, mitzuhelfen, dieses Elend abzuwenden. Ein großer Fortschritt für die weibliche Gesundheit wäre es, wenn man die weibliche Körperkultur, der Unfälle des Korsettsagens ein Ende zu machen, die Frauen einen großen Teil der Welt zu machen, an deren Körperkultur, und unglücklich handelt Ihr es, wenn Ihr, wenn Ihr ihnen gestattet, Korsetts und andere Gesundheitsmittel zu tragen, die sie in die Hände der weiblichen Körperkultur zu werfen.

solchen unbrauchbaren Schönheitsmitteln, mit einer solchen falschen Körperkultur. Was ist nun die rechte Körperkultur? Nun, eine Kultur, die genau wie alle Erzeugnisse in Feld und Wald die Kraft der Natur als Ursprung hat, eine Kultur, die den Menschen zurückführt zur Natur. Wandern, Baden, Turnen, Spielen, überhaupt jeder erdenkliche Sport sind Quellen der Kraft für unsere, an Körperkraft zurückgegangene Menschheit. Staus in Feld und Wald, rufen heute eine ganze Anzahl Naturfreunde unter den Arbeitern. Aber bei dem Versuch, Sport zu treiben, zeigt es sich, wie gering die weibliche Kraft ist, stellt man auch nur keine Anforderungen an sie. Über den Stolz eines jeden Mädchens, Jungfrau oder Frau muß es sein, über einen Körper zu verfügen, der allen Gefahren des Berufes und der Gesundheit trotz kommt deshalb zu tun, treibt Körperkultur, wie mit allen Vorurteilen. Mühen nicht unsere wertigsten Frauen und Mädchen nach ihrer Tagesarbeit eine Beschäftigung suchen, die ihnen ihre Elastizität, ihre natürliche größte Bewegung wiederergibt? Sie müssen, sie sind verpflichtet, tun zu gehen, wollen sie in der Entwicklung nicht zurückbleiben, wollen sie nicht verkümmern. Doch alle Versuche unseres im Turnen tätigen Genossen bleiben ein Tropfen auf einen heißen Stein, wenn die Arbeiterfrauen und Mädchen weiter so gleichgültig, so interesselos dem Turnen gegenüberstehen. Deshalb ergeht an alle Arbeiterfrauen und Mädchen, gesunde und kranke, von der Natur vernachlässigte, die Aufforderung, das Bestreben der freien Turnerschaft, das Frauenturnen vorwärts zu bringen, zu unterstützen. In drei Turnerkreisen-Abteilungen, denen bald eine vierte folgen wird, auf einem schönen Spielplatz, auf Turnmarchen, können Arbeiterfrauen und Mädchen das erleben, was dem Körper gebräut.

Die 1. Turnerkreis-Abteilung für die Ohlauer, Strehleer und Scheininger Vorstadt turnt jeden Mittwoch von 8 bis 10 Uhr im „Goldenen Repter“, Klosterstraße 47; die 2. Abteilung für die Gähler und Gräßener Vorstadt turnt bei M. I. de. Gräßener Straße, Mittwoch von 8 bis 10 Uhr; die 3. Abteilung jeden Montag und Donnerstag im „Berger Keller“ für Oberort und Sandvorstadt; die vierte Abteilung jeden Dienstag und Freitag im „Schwarzen Bär“, Frankfurterstraße 99. Gespielt wird auf dem städtischen Spielplatz im Eigenpark.

Breslauer Schauspielhaus.

Gesamtgastspiel des Berliner Lessing-Theaters.

„Rosenmontag“. Eine Offizierskomödie in 5 Akten, von Otto Erich Hartleben. Der Dichter der „Stille in der Ferne“ und der „Erziehung zur Ehe“ hat im „Rosenmontag“ in seinen feurigen Weisen sehr viel Wasser tun müssen, damit dieses Stück zu einem Bühnenerfolge wurde. Das Thema, das Hartleben in ihm aufrollt, ist nicht gerade neu, finden wir doch schon in dem Trauerspiel des jungen Schiller, in „Kabale und Liebe“ den Urtyp seiner beiden im Mittelpunkt der Handlung stehenden Gestalten wieder. Hier wie dort steht ein junger Mann der besseren Gesellschaft an dem Scheidewege, ob er mit jener Gesellschaft oder abwärts von ihr seinen Weg gehen will. Und in beiden Fällen soll er im Namen von „Pflicht und Ehre“ durch niederträchtige Verleumdungen der guten Gesellschaft geirrt werden, das heißt mit anderen Worten, er soll das arme Mädchen, das er liebt, im Stich lassen und eine standesgemäße Ehe eingehen. Hiergegen lehnt sich der junge Mann, dem der militärische Drill und die enge Kasernenstube noch nicht der letzten Rest genommen hat, in stiller Entrüstung auf. Dennoch ist seine Ethik nicht ausreichend, um sich vollends von den Anschauungen seiner Klasse zu befreien. Statt daß es gelingt, beide auseinander zu reißen, gehen sie nach einer Facklingsnacht im Morgengrauen gemeinsam in den Tod.

Die psychologische Vertiefung und Entmischung läßt im „Rosenmontag“ viel zu wünschen übrig. Der Hauptwert des Stückes liegt in der Milieuschilderung des Kasernenlebens und der über die letzten Akte liegenden wehmütigen Stimmung, in der schwere Todesgedanken mit dem Facklingskern in greller Distanz zusammenhängen. Da das Stück jeder tieferen Psychologie entbehrt, so kam es auch für die an Jbilen gekulten Darsteller des Lessing-Theaters keine sonderlichen Aufgaben mit sich bringen. Der einzige, der eine immerhin dankenswerte Rolle hatte, war Herr Kurt Stieker, der den Leutnant Kubrick als frohen, wenn auch etwas trostigen Kameraden gab, der in die Kasinoatmosphäre noch einen Zug warmer Menschlichkeit hineinbringt. Hierin wurde er von Herrn Hans M. a. r. e. der den Oberleutnant Hofmann gab, wirksam unterstützt. Das „arme Handwerkermädel Gertrude Reimann“ wurde von Helene Burger in der schlichten Sentimentalität gegeben, die schon immer für diese etwas unwahre Gestalt üblich ist. Mit dieser Darstellerin sollte die Regie einmal ein ernstes Wortchen reden. Denn die leise murmelnde Art wie diese Dame ihren Part herunterspricht, kann einem nachgerade jeden Genus verderben. In den ersten Szenen im „Rosenmontag“ sprach sie so leise, daß kaum im Orchesterbau und wenn ein Wort zu verstehen war. Das gut besetzte Haus geriet darüber in eine durchaus verständliche Unruhe, denn schließlich hat es doch ein Recht zu verlangen, daß ihm nicht ganze Teile des Stückes verloren gehen. Kann die Dame nicht lauter und vor allem verständlich sprechen, so soll sie bei Wägen den Rücken legen, und sich bei schlechten Musik belagern lassen. Herr Karl F. o. r. e. konnte diesmal auch nicht recht befriedigt sein, fakte er doch den Offiziersburlesken gar zu possenshaft auf.

Kassensummen der Nationalen Mark-Rollierungskommission.

Wochen, den 30. Juni.	Pro 100 Altmarken			
	gute	mittlere	geringe	schlechte
Belgen, weibl.	19 80	19 70	18 80	17 70
Belgen, gelber.	19 80	18 80	17 80	17 20
Weggen.	16	15 80	14 80	14 20
Gerle.	15	14 70	14 10	13 80
Dofel.	15 20	14 80	14 40	14 20
Wiesner-Orben.	24 80	23 80	21 80	19 80
Orben.	21 80	21	19 80	18 80

Gen. per 100 Alt. 8.00-7.50 Alt. neues 5.00-6.00 Alt.
Reinhold per 100 Alt. 4.50-5.00 Alt.
Grob-Korff 100 Alt. 2.00-2.40 Alt.

Breslauer Weizenmehl. Weiz ruhig per 100 Kilogramm inkl. Bad brutto Weizenmehl 00 ruhig 28.00-27.00 Alt. Roggenmehl 00 ruhig 23.75-24.25 Alt. Roggen. Weizen der ruhig. 22.25-23.75 Alt. Weizen. Müllerweiz ruhig 11.00-12.00 Alt. Weizen lein ruhig 10.25-11.00 Alt.

RIGOL 3 Cigarettes

ist die neue Qualität

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 1. Juli.

Die verbotene Fahne.

Unsere hurrabegleiteten Bürger ist großes Unheil widerfahren.

Wer hätte auch gedacht, daß das Königlich Preussische Kammergericht das Ausschlagen von Fahnen als strafbare Handlung bewerten würde.

Wenn also der vernommene Polizeibeamte, ausgelagt jafe, daß die Fahne garnicht geeignet gewesen sei, den Verkehr irgendwie zu hindern, da ihr unterster Abstand von der Erde weit über Manneshöhe betrug, so hätte eine Verurteilung aus § 126 in Verbindung mit § 96 a. a. O. nicht erfolgen können.

Was entsetzt die Breslauer Strafkammer und sprach den Spruch?

Ob es gibt noch ein Kammergericht in Berlin, und das urteilte also: Diese Ausführungen (der Breslauer Strafkammer) sind rechtskräftig.

Die Ausführungen (der Breslauer Strafkammer) sind rechtskräftig. Das Verbot des Ausschlagens von Gegenständen an Fenstern, welche straßenwärts liegen, in der Weise, daß sie über die Straßenhöhe hinausragen, will, wie sich aus seiner Stellung im Abschnitt E. der Polizeiverordnung ergibt, die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs auf öffentlichen Straßen aufrecht erhalten.

Ob, wie die Gegenüberstellung des Angeklagten behauptet, der Polizeibehörde noch niemals der Gedanke gekommen ist, gegen das Ausschlagen von Fahnen bei vorübergehenden Gelegenheiten, wie bei patriotischen Festen oder bei besonderen Gedentagen, einzuschreiten, bedarf keiner Erörterung, da solche Uebung nicht genehmigt sein würde, ein Recht auf Straflosigkeit der hier in Frage kommenden Tat zu begründen.

Damit ist der schönsten patriotischen Gefühlsäußerung das gesetzliche Recht abgesprochen, und der gute Bürger wird sich darauf beschränken müssen, sein Fähnchen still und heimlich und in finsterner Mitternacht zur Bodenluke hinausschlattern zu lassen. Das ist bitter; aber was ist dagegen zu machen? Das Kammergericht hat gesprochen, und weil alle preussischen Staatsbürger gleich sind vor dem Gesetz, werden leider auch ihre Fahnen vor dem Kammergericht gleich bewertet werden, ob sie zu edlen patriotischen Zwecken oder, wie in diesem Falle, zur Keilhacke in der Luft baumeln.

Die neue Sparkasse des Gewerkschaftshauses

nimmt täglich Einzahlungen an. Die Spargelder werden bei kurzen Kündigungssfristen zu 4 Prozent verzinst. In dieser Sparkasse können alle Gewerkschaftler, Parteigenossen, Vereine und Privatleute ihre Spargroschen sehr vorteilhaft anlegen.

Ist eine Reorganisation unserer Parteizahlabende notwendig und durchführbar?

Zu dieser Frage wird uns von einem Genossen geschrieben: Die in der vor. g. Mittwochnummer der Volkswacht enthaltenen Zeilen des Genossen B. K., die sich mit obigem Thema befassen, waren ohne Zweifel sehr lesenswert und enthielten manche beachtenswerte Anregung.

Darüber, daß Zahlabende notwendig sind, herrscht keine Meinungsverschiedenheit; dagegen geben die Meinungen darüber auseinander, welche Tätigkeitsgebiete den Zahlabenden zu überlassen sind und auf welchen Bezirksumfang sich ein Zahlabend erstrecken soll.

In erster Linie, will mir scheinen, sollen diese Zahlabende das sein, was der Name so deutlich besagt. Da jedoch das Haus in Laßo für Beiträge eingeführt wurde, so fiel dieser Zweck fort. Ein weiterer Zweck dieser Abende lag in der Erledigung anderer rein organisatorischer Geschäfte wie zum Beispiel die Vorbereitung von Wahlen aller Art, von Mitglieder- und Zehnungsagitationen, Flugblattverbreitungen, Agitationsberichten und Versammlungen, Ausfindigmachung der zu Funktionärdiensten geeigneten Genossen, Entgegennahme und Erörterung der Beschlüsse des Vereinsvorstandes, und der Weitergabe guter Anregungen an den Vereinsvorstand usw. usw.

Auch der Raum und der Umkreis, auf den sich ein Zahlabend erstrecken soll, läßt sich nicht immer im voraus festlegen. Maßgebend hierfür wird sein müssen, die Angelegenheit, die zunächst zur Erörterung steht. So wird, falls es sich um die Besprechung von Stadterordnungen, Reichstagswahlen oder Vorstandsberichten handelt, ein möglichst großer Kreisumfang erwünscht sein, während sich bei Vorbereitung einer Flugblattverbreitung oder Zehnungsagitation offenbar der möglichst enge Kreis empfehlen dürfte. Die unbedingt notwendig werdenden Zahlabende vermehren sich dadurch von selbst.

So beachtenstwert und wertvoll ist die Beachtung dieser Anregungen für eine gezielte Fortentwicklung unserer Organisation auch sein mag, der Kernpunkt der auf Reorganisation dringenden Bestrebungen wird dadurch in G. noch nicht berührt. Dieser aber läßt sich kurz in die Frage zusammenfassen: Wie können wir am besten unsere Zahlabende in der nächsten Zeit am besten organisieren?

Bekennen der sozialistischen Anschauungen zu gewinnen?

Betrachten wir uns nur oberflächlich das tatsächliche Bild. Die Reichstagswahl 1912 brachte uns im Stadtgebiet Breslau 47.000 Stimmen.

Die dem Breslauer Gewerkschaftskomitee angeschlossenen Organisationen zählten gegenwärtig zirka 34.000 Mitglieder und die Breslauer Parteioffizianten hat deren 10.000 zu verzeichnen. Ich glaube keinen Widerspruch zu begegnen, wenn ich behaupte, hier liegt ein greifbares Mißverhältnis zum Schaden der Parteioffizianten vor.

Jeder Parteigenosse empfindet dies gleich mit Bedauern. Aber dabei kann es natürlich sein Bewenden nicht haben. Auch das kann kein Trost für uns sein, daß es im Reich noch verschiedene Bezirke gibt, wo das Mißverhältnis zwischen den Wählenden nicht kleiner, sondern größer ist als hier. Jedenfalls zeigt das Zahlenmaterial, daß noch ein außerordentlich großes Gebiet zu bearbeiten ist. Auf dieses Mißverhältnis in einem für die Partei förderlichen Sinne einzutreten, das eben muß unser aller Bestreben sein. Wie kann dies geschehen? „Viele Wege führen nach Rom“ lautet ein Sprichwort, und so ist es auch hier.

Das ist zunächst die schriftliche Agitation durch unsere Presse. Gewiß, sie ist eines der bedeutendsten, wenn nicht gar das bedeutendste Hilfsmittel bei unserer Werbearbeit. Aber niemand wird bestreiten wollen, daß unsere „Volkswacht“ noch immer nicht den Stand zu verzeichnen hat, der sie an alle die zu gewinnenden Kreise heranführen läßt. So bedauerlich diese Tatsache ist, es muß mit ihr unbedingt gerechnet werden. Weiter kommt in Betracht die Flugblatt- Agitation. Sie ist nicht nur sehr kostspielig, sondern auch sehr mühevoll. Wird sie dann nicht noch mit einer Versammlungsagitation verknüpft, durch die die direkte mündliche Einwirkung folgen kann, so lohnt sie manchen mal (mit Ausnahme von Wahlzeiten) kaum die Opfer, die dafür gebracht werden müssen. Was sonst aber mit Ausnahme guter Proschüren an Werbearbeit schriftlicher Art geleistet wird, ist kaum nennenswert.

Es bleibt somit die Agitation von Mund zu Mund, durch die der Einzelne auf die Ursachen der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Mißere und die sich daraus ergebenden Konsequenzen hinweisen kann. Die Arbeit ist die da zu leisten ist, zu schillern, ist nicht notwendig; denn sie ist in Breslau sehr wohl in Uebung. Dagegen scheint es mir geboten, die mündliche Agitation wie sie durch Versammlungen zu geschehen hat, mit einigen Zusätzungen zu bedenken.

Unser Versammlungsleben paßt sich, so will mir scheinen, den politischen Verhältnissen nicht genügend an. Mit wenig Ausnahmen befaßt sich unsere Versammlungsstätigkeit ausschließlich auf die kürzeren oder längeren Fristen vor den Wahlen. In der übrigen Zeit werden Versammlungen meistens abgehalten in dem abgeschlossenen Kreise der Vereinstmitglieder. Das ist meines Erachtens ein Fehler. Denn wie können Gelegenheiten, auf die uns fernstehenden Massen direkt einzutreten gänzlich oft genug haben. Selbstverständlich soll die Erledigung organisatorischer oder sonst interner Parteiangelegenheiten mit der Parteigenossenschaft selbst, und deren Vertretern vorbehalten sein. Was darüber jedoch hinaus geht, kann ruhig in Anwesenheit möglichst vieler Fremder erledigt werden. Wir brauchen die öffentliche Aktion in der Neuzeit mehr noch als in früheren Jahren. Ein Grund hierfür liegt in der hohen wirtschaftlichen Macht und Bedeutung, die im Laufe der Zeit die Gewerkschaften erlangten, weil dadurch die Verantwortlichkeit der Funktionäre dieses Gliedes der Arbeiterbewegung in hohem Maße gesteigert wurde.

Dies in Verbindung mit der Entwidlung des Vereins- und Versammlungsrechtes hat uns manchen eifrigen Parteifreund in letzter der Stellung der Gewerkschaften in deren eigenem Interesse zu äußerster Vorsicht in puncto Agitation für die Partei getrieben. Die politische Agitation hat in den Gewerkschaften nutzgebrungen mehr und mehr zurücktreten müssen. Diese Einbuße an politischem Einfluß ist nicht zu unterschätzen, und da heißt es, durch Ausnutzung der bestehenden und Schaffung neuer Gelegenheiten auszugleichen.

Das politische Leben ist so schnelllebig und vielgestaltig, das soziale Leben so mannigfaltig, daß brauchbarer und interessanter Stoff zur Erörterung in öffentlicher Versammlung fast jederzeit reichlich vorhanden ist. Die Stadt eingeteilt in 4, 5 oder 6 Versammlungsgebiete, je nachdem dies der geographische Zusammenhang erfordert, und dort wenigstens jedes Quartale eine öffentliche Versammlung abgehalten. Ist das Gebiet räumlich sehr ausgedehnt, so werden die Lokale gewechselt, damit ein Eindringen in jedem Teile des Gebietes möglich ist.

Ob nebenher auch noch für die Angehörigen bestimmter Industriezweige oder auch großer Betriebe gleich nach Feierabend politische Versammlungen zu veranstalten sind, das hängt zum Teil von der jeweils herrschenden politischen Situation und der zu behandelnden Materie ab. Jedenfalls ist auch diese Anregung der Erörterung wert und es würde sicher alle Parteigenossen erfreuen, wenn die gegenwärtigen Diskussionen zum Aufschwunge der Bewegung beitragen würden. Der gute Wille ist indes schon allseits vorhanden.

Jahrhundert-Ausstellung.

Dritter Kindertag im Vergnügungspark.

Am morgigen Mittwoch wird wieder ein Kindertag veranstaltet. In besonderen Besichtigungen für die Kleinen ist um 3 Uhr eine Vorstellung im Kaisertheater, neben dem Konagoborff, und Karussellfahrten vorgesehen. Um 4 Uhr auf beiden Spielplätzen Spiele und Umzüge mit Musik. Den Abschluß bildet um 5 Uhr ein japanisches Lagerfeuerwerk.

Die Lage der Omnibusfahrer

Ist dieser Tage vor dem Gewerbegericht kurz beleuchtet worden; sie erscheint danach höchst ungünstig. Ein früherer Kutscher klagte gegen die Direktion der elektrischen Straßenbahn-Gesellschaft auf Zahlung eines Restlohnes von 650 Mk. Der Mann war zwei Wochen als Omnibuskutscher beschäftigt. Als Monatslohn waren 65 Mk. vereinbart. Die erste Woche erhielt er 15,70 Mk., die zweite aber nur 10,58 Mk. Es waren in Abzug gebracht worden die Versicherungsbeiträge, 50 Pf. Strafgeld, 50 Pf. Kleidergeld und der Lohn für einen Tag, an dem sich der Kutscher krank gemeldet hatte. Der Vertreter der Gesellschaft beantragte, den Kläger abzuweisen und wies sich auf den Dienstvertrag. Der Kläger hätte mit dem Führer auf der Schweibühnenstraße gehalten, was polizeilich verboten sei. Dafür müsse er Strafe zahlen. Ferner müsse er Kleidergeld zahlen, wenn er auch nur einen halben Monat in Arbeit steht. Der Lohnabzug für den einen Tag sei auch berechtigt gewesen, bei Krankheit hätten die Angestellten nur die Krankenunterstützung zu fordern, aber keinen Lohn. Der Kläger bemerkte dazu, das Strafgeld sei zu Unrecht gefordert worden. Der Omnibus kam ins Gedränge mit anderen Wagen und das Pferd war so langsam, daß er stehen zu bleiben, da mußte er halten. Im Dienstverträge steht, das Kleidergeld beträuf für den ganzen Monat 50 Pf. Der Lohnabzug für den fehlenden Tag sei ganz unverständlich. Er habe sich an dem fraglichen Tage beim Anspannen die Hand verletzt, und versucht zu fahren, es sei aber nicht gegangen. Die Hand schwellte an und so mußte er zum Arzt gehen, der ihm Schonung auflegte. Am anderen Tage habe er wieder gearbeitet. Der Kutscher, der gewiß nicht einen Pfennig in der Tasche habe, beantragte sich um eine Abfindung von 1 Mk. wäre die Sache vor dem nächststen Welterbe

gericht verhandelt worden, dann hätte die Gesellschaft sicherlich den Tag bezahlen müssen, denn Krankengeld hat der Mann für den einen Tag nicht erhalten.

Der Guttschein für Juli, mit dem unsere Abonnenten ein kleines Inserat ohne Bezahlung im „Kleinen Anzeiger“ aufgeben können, ist in der heutigen Nummer enthalten.

Es empfiehlt sich, den Schein auszuscheiden und für den Bedarfsfall aufzubewahren. Im übrigen lohnt es sich, diese Einrichtung fleißig zu benutzen.

Gesundheitsbericht.

In der Woche vom 15. bis 21. Juni sind nach einer Zusammenstellung des statistischen Amtes 61 Ehen in Breslau geschlossen worden. In der Vorwoche wurden 261 Kinder geboren; davon waren 201 ehelich, 60 unehelich, 249 lebendgeboren (119 männl., 130 weibl.), 12 totgeboren (8 männl., 4 weibl.) Mit den 8 nachträglich gemeldeten Fällen aus der Vorwoche sind 200 Sterbefälle (97 m., 103 w., darunter 25 Dtsch. fremde) in der Berichtswoche gezählt worden. Von den 200 Sterbenden waren 40 unter 1 Jahr alt (30 ehelich und 10 unehelich geboren). An Todesursachen kamen vor: Tuberkulose 27, Krankheiten der Atmungsorgane 27, Magen- und Darmkatarrh, Wechdurchfall 19, Selbstmord 4, Unglücksfälle 3, Mord 1, und alle übrigen Todesursachen 112. An übertragbaren Krankheiten wurden polizeilich gemeldet: Diphtherie 14, Scharlach 16, ägyptische Augenkrankheit 3, Wochenbettfeber 1, Ruhr, Unterleibsgeschwulst 1. In den hiesigen Krankenhäusern betrug die Zahl der Kranken am Anfang der Woche 3238; es kamen hinzu 839, es starben 67, es gingen ab 808, so daß am Ende der Woche 3214 verblieben.

Der Eintritt in die Breslauer Gerichtssäle ist ohne besondere Karte nicht erlaubt.

Am Montag betrat ein junger Mann den Schöffensaal 259 ohne Karte. Da er kurz vorher ebenfalls ohne Karte den Saal betreten wollte, forderte ihn jetzt der Gerichtsdieners etwas eindringlicher auf, hinauszufragen. Das ganze Gebahren des Aufgeforderten ließ erkennen, daß er nicht gewillt war, sich ohne weiteres zu fügen. Er wurde deshalb ärgerlich und auf den Flur gedrückt, was einen ziemlich großen Lärm verursachte, durch den die Verhandlung gestört wurde. Auf Geheiß des Vorsitzenden wurde der Ungehörige vor den Richterlich gebracht und nach seinem Namen gefragt. Der Anwalt stellte keinen Antrag auf Verhängung einer sofort vollstreckbaren Ordnungsstrafe; er behielt sich vor, gegen den jungen Mann das Verfahren wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt einzuleiten. — Es gibt eine Anzahl Städte, darunter auch Berlin, wo der Raubzwang in den Gerichten nicht besteht. Die aussichtsreichsten Beamten haben dort das Recht, Leute zurückzuweisen, die durch ihr Neugieriges oder ihr Benehmen Anstoß erregen. In Breslau ist das anders. Wer keine Eintrittskarte hat, wird in jedem Falle als Zuhörer zurückgewiesen. Die Eintrittskarten sind meistens sehr schnell vergriffen, weil die Nachfrage schon um 9 Uhr morgens, wenn die Verhandlungen beginnen, sehr stark ist.

Wiel Regen ist in den letzten Tagen herniedergegangen.

Der letzte Sonntag war zum größten Teil verregnet, ebenso der Montag, und heute strömt es kräftig vom Himmel herab seit der frühesten Morgenstunden. Weit und breit sind nichts als grau schwere Regenwolken zu sehen. Am Montag herrschte ein wahrer Sturzregen; bald regnete es, bald schien die Sonne. Die Straßenarbeiter ruhen, und die Einwohner der Straßen, wo es huddelt wird, sind in heller Verzweiflung. So trägt das Regenwetter auch dazu bei, die ohnehin große Arbeitslosigkeit noch mehr zu steigern. Von sommerlicher Wärme ist in diesen Tagen keine Spur vorhanden; es ist im Gegenteil bei 13 Grad Celsius unangenehm kühl. Hoffentlich ändert sich recht bald das Wetter, denn die Ernte steht vor der Tür.

Die Rechtschule für Frauen, Wastelgasse 6a, II.

erteilt unbemittelten Frauen in allen Rechts- und Wohlfahrtsangelegenheiten unentgeltlich Rat, sie fertigt Gesuche, Klagen, Schichten, gibt Auskunft in Invaliden-, Alters- und Krankenversicherungen, Eheerbschaften, Aliments- und Testamentssachen usw. Zur Erledigung der juristisch schwereren Fälle stehen der Damen des Rechtschulunges Rechtsanwältin zur Seite. Am dem häufig beobachteten Elend der Mütter unehelicher Kinder vorzubeugen, sei bemerkt, daß diese Klagen schon vor der Niederkunft angestrengt werden können. Auch hierüber näheren Aufschluß erteilt die Rechtschule. Sprechstunden täglich außer Sonnabend von 4 1/2 bis 7 Uhr nachmittags Wastelgasse 6a, II.

Gegen die ungeschätzten Gutsadeln.

Der Breslauer Bassanten-Schutzverein (Geschäftsstellen: Taschenstraße Nr. 3, Fernsprecher Nr. 6735 und Ursulinerstraße 2, Fernsprecher 1858) hatte die Direktoren der beiden hiesigen Dampfzentrale ersucht, der Unfälle der ungeschätzten Gutsadeln, wodurch die Dampfzentrale mindestens ebenso wie die Fahrgäste der Straßenbahn gefährdet werden, kräftig entgegenzutreten. Daraufhin hat sowohl der Vorstand der Schlesischen Dampfzentrale als auch der Frankfurter Eisenbahn-Gesellschaft durch Platate den weiblichen Fahrgästen das Tragen von Gutsadeln mit unverwahrten Spigen streng untersagt.

Frecher Raub.

Eine auf der Moritzstraße wohnende Frau wurde am Sonntag, als sie auf der Treppe ging, von einem ihr folgenden Manne plötzlich mit der Faust so in den Rücken gestoßen, daß sie zu Boden stürzte. Er entließ dann die Frau das Handtäschchen, in dem sich ein Portemonnaie mit 7 Mk. befand und flüchtete damit. Es gelang dem Räuber auch unerkannt zu entkommen.

Straßenbahnunfall.

Am Sonntag wurde ein Schlosser von der Sebanstraße auf der Höfenstraße, als er an einem Straßenbahnzug vorbeifahren wollte, von einem in entgegengesetzter Richtung fahrenden Zuge erfaßt und zu Boden geschleudert. Der Mann erlitt eine schwere Kopfverletzung.

Theater, Vergnügungen und Konzerte.

(Mitteilungen aus den Direktionsbüros)

Schauspielhaus.

Gesamtgastspiel des Berliner Theater-Ensembles. Heute, Dienstag, eröffnet das Berliner Theater-Ensemble unter Leitung des Direktors Egon Kasper sein Gastspiel mit der Rolle „Die Fledermaus“, die überall, wo sie zur Aufführung gelangt, stets in ausserordentlichem Maße erfolgreich ist. In Breslau wird das Ensemble in den nächsten Tagen in der Rolle „Die Fledermaus“ aufgeführt. Die Besetzung besteht aus den Herren von der Bock (Müller), Peter (Müller), und den Herren von der Bock (Müller), Peter (Müller), und den Herren von der Bock (Müller), Peter (Müller).

Rechtliche Anzeigen.

Immer mehr haben die hiesigen Jahre Revue von Henry Bender Anhänger und Verehrer. In vergangener Sonntag war das Theater ähnlich ausverkauft und viele mußten an der Kasse unverrichteter Sache aufsteigen. Heute, den 1. Juli, wird die Revue wiederum stattgefinden. Auf die Revue sind noch näher zu sprechen kommen. Die Karten sind im Theater zu haben.

Wanderungen durch Werkstätten.

Es wird und geschrieben: Auch die Spezialfabriken und die Maschinenfabriken haben sich im Kongressjahr auf Besuch eingerichtet. Nicht die Gastfreundschaft und die Stille sind die Veranstalter; nein, der neugierige Geschäftsmann weiß, daß solche Führungen durch seine Betriebe eine billige Bekanntschaft mit dem Publikum sind und daß durch die Geschäftsbeteiligungen von den zahlungsfähigen Besuchern und den Fachleuten ein Dank der Gäste zu erwarten ist. Ein alter Wortspruch sagt: Umsonst gibt der Jude (soll heißen: der Kaufmann) nichts.

Und diese Besucher und Beschäftigten der Werkstätten besetzt dabei kein inniges Gefühl, wie es einst die Pilger in den Tempeln ihrer Zeit gehabt, oder wie es das Anschauen völkischer Bilder hervorgerufen kann; sie durchstreifen die Hallen, um möglichst viel zu sehen, sind bedrückt von dem Lärm und dem Getöse, schauen über die Leuchtrote Strahlengasse, und stolpern über Maschinenente, die im Wege liegen, wie ein Hindernis über einen Strohhalm. Und dabei müssen sie in manchen Fällen durch Staub und Schmutz gehen, wie er in ihren Salons niemals zu finden ist. Und sie haben keinen Blick für die Menschen, die hier arbeiten und küssen, im schmutzigen Kittel, mit entblößter Brust; denen rührt der Schweiß herunter und Staub klebt daran kleben. Trotzdem gibt es kein Besinnen; immer Gehen und Zagen, ein Wägen und Strömen der Körper, ein Straßendrang mit allen Mustern. Keine ruhige Arbeitsfreude eines in Ruhe schaffenden Künstlers ist wahrzunehmen; nein, wie ein Ringer steht es aus — der Arbeiter ringt mit der Arbeit, wie ein Krieger mit dem Löwen gerungen. So geht es, vom Sonnenaufgang bis zum Sonnenuntergang. Kommt — geht — steht an den Kontrollgittern; und je milder der Arbeiter bei Abends die Fabrik verläßt, um so heftiger können die Mäuler den Tag verleben. Schmutzig kehrt der Arbeiter des Abends heim. Warum hat noch kein Raphael diesen Menschen gemalt? Weil ihm die Farben fehlen! Die Farben des Strebens kann er nicht nehmen, nur Raub, Raub und Raub sind wahrheitsgetreu, und das gäbe nur Schalten, kein Lichtstrahl wäre im Auge möglich.

Trotzdem gibt es noch einige Arbeiter, die vor den Beschäftigten der Fabrik von selbst den Hut abnehmen; und die Köpfe von selbst gänzlich ansetzen. Ist das nach die alte Demut des Büroarbeiters aus der Zeit der Leibeigenschaft, oder waren es keine Arbeiter, sondern die Vorarbeiter und Meister, die im „Geschäftsinteresse“ die Fremden begrüßten. Die Meister hielten ja manchmal im Fabrikleben dieselbe Rolle, die der Unteroffizier beim Militär ausübt. Also warum sollen sie nicht auch der Stellvertreter des Herrn Direktors sein; warum nehmen sie den Hut ab, wenn auch der Fremde nur der Ingenieur Müller aus Treuenbrietzen ist. Und voller Stolz zeigt der Führer den Fremden die Einrichtungen für die Arbeiter, zum Beispiel die Waschanstalt. Für 6000 Arbeiter sind noch nicht einmal 50 Brausekannen vorhanden, und damit nicht allzuviel teures Wasser verschwendet wird, ist die Waschanstalt in der Woche nur an drei Tagen geöffnet. Der Speisesaal in der Kantine freilich ist um einige Quadratmeter größer, und die Kantine war so sauber, als wenn sie der Tischler erst abgeliefert hätte. Auch einige Bäume waren in der Ferne zu sehen. Ob das wohl der Garten ist, wo die Arbeiter in den Pausen ein wenig frische Luft einatmen können? Ach nein, die Bäume standen außerhalb der Fabrik, die Chauffee entlang.

Doch alles Gute kann nicht beisammen sein. Auch die Maschinen sind über einander neidisch und bekämpfen sich; und in diesen weiten Hallen hat die Frau Müllers die Macht. Nein, diese göttliche Müllin in diesen ganz geschäftlichen Säulenhallen, da dröhnt es, und kramelt und hstet und kreischt. Die Arbeiter, die da drinnen ihre teure Zeit verbringen, die nehmen den Sommer und schlagen das Eisen, und hämmern den Stahl, und der Hammerklang wirkt in dem Maschinengetöse wie die erste Geige im Orchester. Jede Maschine, jedes Werkzeug klingt einem anderen Ton hervor. Die Dampfmaschine, die Pressmaschine, die Hobelmaschine, die Feilmaschine und Drehwerkzeuge. Und dröhnend summen sind die Menschen; sie schaffen in Stahl, denn Müllin gibt Anteil zur Arbeit. Und wenn sie sprechen, rufen, schreien würden, man könnte sie nicht verstehen, weil die Müllin der Maschinen sie überdeckt. Trotzdem gibt es auch hier ein Ende. Die Dampfmaschine ruht und vortel ist das höllische Klagen. Dann kann der Mensch seine Stimme erheben, und an ihm liegt es, wenn der Teufelspust wieder beginnen soll. Geh wenn die Maschinen verstummen, werden die Menschen erhört!

Tiefe Eindrücke habe ich gewonnen, als ich mich einer Besichtigung der Linde-Schmiede durch den Verband der Deutschen Elektrotechniker angeschlossen hatte.

Diebstahl auf dem Hauptbahnhof. Einem Kellner ist auf der hiesigen Hauptbahnhof ein Kasten mit zwei schwarzen Federn, sechs Überhemden, drei H. M., 15 Stragen, zwei weißen Jacken, Kamin und Bürste im Gesamtwerte von 180 Mk. gestohlen worden.

Etwas vom Einkaufen!

Im „Konsumgenossenschaftlichen Volksblatt“ lesen wir folgende Zeilen, die von allen Frauen beherzigt werden sollten:

Die deutsche Frau nennt sich mit Vorliebe „praktische Hausfrau“. Wie oft erzählt sie, daß sie heute bei X „surchtbar billig“ Zucker oder bei Y die Butter „horrens billig“ als anderswo gekauft oder gar im Zischen Warenhaus bei den Ausnahmestagen einen „herrlichen Stoff“ beinahe geschenkt bekommen habe. Stimmt dies nun auch? Hat sie außer dem „surchtbar billigen“ Zucker, den der Kaufmann als Lockmittel vielleicht unter Einkaufspreis verkauft, nicht einen viel zu teuren Kaffeemittel gekauft? Hat sie in der „horrens billigen“ Butter auch wirklich gute Butter erhalten? Und hat der „herrliche“ Stoff in Qualität und Brauchbarkeit auch gehalten, was die Verkäuferin von ihm behauptete? Rechnen wir einmal mit der schwachen Möglichkeit, die Hausfrau wäre nicht über Ohr gehauen worden. Müßten wir sie dann loben? Das können wir nicht bezagen.

Es hat sicherlich seinen Grund, daß für ein und denselben Artikel meterweise Preise gefordert werden. Entweder ist ein Qualitätsmangel die Ursache, oder der Kaufmann bezieht seine Waren von Lieferanten, die in elender Heimindustrie oder in schlecht entlohnten Arbeiter die Mittel finden, ihre Ware billig auf den Markt werfen zu können.

„Das kann mir aber doch gleichbleiben, wenn ich nur billig einkaufe“, höre ich hier meine verehrte Leserin rufen. Müßigen, liebe Frau; wir haben ein großes Interesse daran, daß wir und unsere Angehörigen nicht mit den Kleidungsstücken befallen werden, die aus Tuberkuloseherden kommen, daß unsere „wunderhübschen Decken und Spitzen“ nicht von zarren Kinderhänden gegen ein Trinkgeld angefangelt werden und daß nicht unsere sonstigen Gebrauchsgegenstände aus Zuchthäusern und ähnlichen Anstalten geliefert werden, durch die unseren Männern anständig bezahlte Arbeit und Brot genommen werden.

Also nicht immer ist der billigste Kauf der beste; neben der Güte der Waren und der Schönheit der Ausführung soll auch das Bewußtsein beim Einkauf mitbestimmend sein, daß der Verkäufer und der Verkäufer angemessen entlohnt werden.

Wir sehen also, daß auch der Einkauf eine Sache ist, die gelernt sein will, bei der eine gewisse Erziehung unerlässlich ist. Wo erhalten wir aber diese? Im Konsumverein! Sind wir erst einmal überzeugte Anhänger der Genossenschaftsidee, kennen wir die Bestrebungen der Vereinsmitglieder, nehmen wir teil an ihren Arbeiten und Beratungen, so lernen wir ein gut Teil des wirtschaftlichen Lebens kennen und huldigen nicht mehr dem Grundsatz des nur billigen Einkaufs. Wir sehen tiefer und machen uns nicht zu Mißgünstigen an großen sozialen Mißständen von einem momentanen Meinen, vielmehr nur eingebildeten Vorteils willen.

Führt dabei die „praktische Hausfrau“ schlecht? O nein! Laufen wir nicht immer dem „billigen Jakob“ nach, so wird mancher Kauf unterbleiben, der nicht gerade dringend nötig war, der nur vorgenommen wurde, weil der Gegenstand gerade gefiel und billig schien. Läutern wir unseren Geschmack durch Besuch guter Lokale, Beschäftigung von Ausstellungen, durch das Lesen guter Zeitschriften und Bücher, werfen wir einmal aus unseren Räumen alles hinaus, was nicht Zweck und Danksberechtigung hat, verunzieren die Wohnungen nicht mit allem möglichen Kladderadatsch, der nur als Staubfänger da ist und uns Platz, Licht und Luft raubt! Was wirklich schön ist und das Auge erfreut, wird einen um so günstigeren Platz finden.

Dann nehme man sich vor — aber halte es auch — nichts, aber auch gar nichts zu kaufen, was unnützlich oder unschön ist. Wenn wir aber etwas kaufen, so meiden wir die Ramsch- und Gelegenheitsbazar, die Ausnahmestage und die verlockenden Sonderangebote, laufen im „Konsum“ gute, preiswerte Qualitätsware und, was wir im „Konsum“ nicht haben können, von Lieferanten, von denen wir wissen, daß sie gute, reelle Waren zu angemessenen Preisen feilhalten. Wir geben dann für den

einzelnen Gegenstand etwas mehr aus; die gute Qualität, das schöne, geliebte Aussehen machen uns aber unseren Einkauf wertvoll, und wenn wir dann am Jahreschlusse Bilanz machen, werden wir finden, daß wir weniger Ausgaben als in der Zeit, in der wir glaubten, „surchtbar billig“ einzukaufen.

Unser neuer Roman „Erweckt“, mit dessen Abdruck wir heute beginnen, sucht das Leben und Hoffen der deutschen Arbeiter künstlerisch zu erfassen. Der Verfasser, der sich hinter dem angenommenen Namen „Ger“ verbirgt, ist der Sohn eines alten Parteiveteranen. Das Werk, das vor kurzem in Buchform im Vorwärtsverlag erschien, hat wegen seines hohen ethischen Gehalts weitverbreitetes Aufsehen erregt. Unseren Lesern bietet sich jetzt eine vorzügliche Gelegenheit, für die „Volksrecht“ zu agitieren, da dieser Roman sich besonders gut eignet, für unsere Weltanschauung zu werben.

Einbruch. In eine Wohnung Matthäusplatz 5 ist am Sonnabend ein Dieb eingedrungen und hat daraus eine Totesurkunde, Sagen eines Universitätsbeamtenverweins, einer Meerschamuschke, ein goldenes Pincenez, eine goldene Halskette und ein Portemonnaie mit Inhalt gestohlen. — Einem Schreiber sind aus seiner Wohnung auf der Wahnholzstraße aus dem gewaltsam geöffneten Koffer 20 Mark in Papiergeld entwendet worden. — Aus einem gewaltsam geöffneten Keller auf der Jahnstraße ist einem Schankwirt für etwa 18 Mark Fleisch gestohlen worden. — Auch ein Geschäftslokal des Hauses Büchelstraße 84 ist von Einbrechern heimlich geöffnet worden, die etwa 25 Pfund Schweinefleisch, 10 Pfund Wurst, vier Pfund Schinken, Pöselfleisch, Kaugummi und verschiedene andere Sachen entwendeten. — In die Kabine eines Oberfahrers sind Diebe in der Nacht vom 25. Juni eingedrungen und haben einem Bootsmann aus dem verriegelten Schrank eine goldene Perrenuhr gestohlen.

Einbruch. In der vergangenen Nacht ist ein Dieb in die Wohnung eines Beamten Heinrichstraße 8 eingedrungen und hat ein Sparfläschchen über 62 Mark, eine goldene Perrenuhr im Werte von 135 Mark, eine Anzahl Konsumkarten und Kleingeld gestohlen.

Von einem Kraftwagen angefahren. Am Montag nachmittags kurz nach 5 Uhr ist auf der Albrechtstraße, Ecke Schubstraße ein etwa 7 Jahre alter Knabe von einem Kraftwagen angefahren worden. Es gelang dem Führer, den Wagen fast auf der Stelle zu halten. Das Kind wurde zu Boden geschleudert und erlitt eine schwere Kopfverletzung.

Einbrennen. Bei einer Zimmervermieterin auf der Sadowstraße mietete sich am 27. Juni ein junger Mann ein, der angab, acht Wochen hier zu wohnen. Monteur einer Berliner Firma und auf dem hiesigen Hauptbahnhof beschäftigt zu sein. Noch an demselben Tage bog er sich von der Wirtin 150 Mk. schlief dort, ließ sich am nächsten Tage verhaften und verschwand darauf auf Nimmerwiedersehen. Der Schlafstellenbesitzer, vor dem gewarnt wird, war etwa 21 Jahre alt, auffallend kräftig und trug einen braunen Jackettanzug.

Aus Breslau (Land) Neumarkt.

Geremansdorf. Diebstahl. Am Dienstag voriger Woche sind in der Kantine der chemischen Fabrik Goldschmieden etwa 20 Mark gestohlen worden. Am Mittwoch gelang es schon, den Dieb in der Person des 16 Jahre alten Fritz Leder aus Geremansdorf zu ermitteln.

Gewerkschaftsbewegung.

Immer weiter in den gelben Sumpf hinein.

Mit den christlichen Gewerkschaften geht es immer weiter in den gelben Sumpf hinein. Bekanntlich ist der Krefelder Färberstreik nach 17wöchiger Dauer aufgehoben worden, ohne daß die Streikenden es vermocht haben, ihren Forderungen Geltung zu verschaffen. Der Hauptanteil an der Niederlage gebührt der christlichen Textilarbeiterorganisation, die nicht nur den Streikführer proklamierte, sondern dem protegten Unternehmertum während des Kampfes auch Streikbrecher bereitete. Es ist ja nicht das erste Mal, daß christliche Gewerkschaften sich zu solchen gewerkschaftlichen Kaluenerstreichen hergeben und harnende, kämpfende Arbeiter niederringen helfen. Was aber zur Charakterisierung der christlichen Textilarbeiterorganisation noch ganz besonders beiträgt, ist der Hohn, mit dem ihre Beamten in der Presse die Niederlage der Färber begleiten. Aber auch das sind wir schon an den christlichen

Aus aller Welt.

Sturm und Sturz.

Der kalte Freitag. Die letzten Junitage haben in ganz Mitteleuropa einen Temperaturrückgang mit sich gebracht, wie er in dieser Zeit seit sechzig Jahren nicht beobachtet worden ist. Wie das Vereinigte Wetterbureau mitteilt, war am Sonntag die Morgenstemperatur 11,3 Grad Celsius und stieg mittags auf 13,3 Grad Celsius. Montag morgen stand die Durchschnittstemperatur auf 11,7 Grad Celsius. Die nächsten Tage werden vermutlich noch kühl bleiben, wenn auch die Regenfälle nachlassen. Anhaltend schönes Wetter ist vorläufig nicht zu erwarten.

Ueberflutungen in Ungarn. Infolge des anhaltenden Regenwetters konnten aus vielen Teilen Ungarns alarmierende Nachrichten über große Schwäden, die durch das Hochwasser angerichtet wurden. Zahlreiche Flüsse sind über ihre Ufer getreten und haben die Dörfer völlig vernichtet. Aus Debrecen, Szeged und vielen anderen Orten kommen katastrophale Nachrichten. Diese Orte stehen zum Teil gänzlich unter Wasser.

Sturm an der Mittelmeerküste. In den Ländern an der Mittelmeerküste ist es ungewöhnlich nur sehr wenig angehen. Seit an der gelassenen französischen Südküste herab ein ungewöhnlich heftiger Sturm, der nicht allein an den Küsten großen Schaden anrichtete, sondern auch den Strand, besonders in den Bädern, arg verunstaltete. Aus vielen Bädern wurden ähnliche Nachrichten, Schwäden von dem Sturm erlitten, da dieser ganz plötzlich ausbrach. Am Sonntag erreichte das Unwetter seinen Höhepunkt.

Die Dampfer der Portugieser. In den letzten 24 Stunden kamen infolge der außerordentlich großen Hitze sieben große Dampfer zum Liegen, darunter die portugiesischen Dampfer „S. Paulo“ und „S. Joao“. Der Schaden betrug auf mehrere Millionen. Es bedarf an diesen Dampfern keine besonderen Maßnahmen, da die Dampfer bereits repariert sind.

Mittelschiffahrt auch in den Vereinigten Staaten. Die Mittelschiffahrt wird in den Vereinigten Staaten durch den Mangel an Kohle sehr beeinträchtigt. Die Kohlenpreise sind sehr hoch, was die Mittelschiffahrt sehr erschweren wird.

haben ein starkes Anschwellen der Flüsse herbeigeführt, die aus den Ufern herausgetreten sind und eine weite Strecke Landes überschwemmten haben. Die Ernte ist vollkommen zugrunde gerichtet und mehrere Personen sind erstickt. Dagegen leidet der Westen der Vereinigten Staaten unter einer geradezu tropischen Hitze. In Kansas, Minnesota und Chicago fallen die Menschen scharenweise auf der Straße vom Hitzschlag getrieben zu Boden. Die staatliche Gesundheitspflege und die Wohltätigkeitsvereine sind bereits am Ende ihrer Kräfte angelangt. Zahlreiche Fabriken und Geschäfte haben ihren Betrieb eingestellt. In Chicago lagerten Tausende, ein wenig Nahrung suchend, am Ufer des Michigansee. Gleichfalls auf das Konto der enormen Hitze ist ein Eisenbahnunfall zu legen, der sich im Staate Indiana ereignete hat. In der Nähe der Stadt Peru barsten infolge der Hitze die Eisenbahnschwellen. Ein Personenzug kam dadurch zur Entgleisung. 25 Passagiere erlitten bei diesem Unglücksfalle schwere Verletzungen.

Wichtig vorgefallen. Der englische Flieger und Bombardier der Royal Air Force, Wright, war während eines Fluges in Brighton, als der Motor plötzlich ausfiel, gezwungen, auf der Stelle niederzusteigen. Da das Gelände einer Landung sehr ungünstig war, ließ der Apparat auf den harten Boden auf, daß der Flieger behälter vollständig zerbrach und der ganze Apparat Feuer fing. Wright, der unter seinen brandenden Apparat zu liegen kam, erlitt sehr schwere Brandwunden und wurde benimmungslos nach dem Hospital gebracht.

40 Jahre Droschkentaxi. Bei Auslösung seines Verlebens wurde am Sonntagabend der 40jährige Droschkentaxifahrer Franz in Berlin vom Tode ereilt. Franz, der seit nahezu 40 Jahren sein Geschäft durch die Straßen Berlins trieb und ein als Bekannter und guter Mensch bekannt war, litt an einer Herzkrankheit und starb infolge eines Schlaganfalls. Er hinterließ eine Frau und zwei Kinder. Sein Nachlass betrug nur wenige Mark.

Wichtig vorgefallen. Der englische Flieger und Bombardier der Royal Air Force, Wright, war während eines Fluges in Brighton, als der Motor plötzlich ausfiel, gezwungen, auf der Stelle niederzusteigen. Da das Gelände einer Landung sehr ungünstig war, ließ der Apparat auf den harten Boden auf, daß der Flieger behälter vollständig zerbrach und der ganze Apparat Feuer fing. Wright, der unter seinen brandenden Apparat zu liegen kam, erlitt sehr schwere Brandwunden und wurde benimmungslos nach dem Hospital gebracht.

Schwerer Unfall beim Turnen. In Elberfeld verunglückte sich bei den Übungen des Mädchen-Turnvereins zwei junge Mädchen auf einer sogenannten Wippe. Dabei stürzte das eine Mädchen, welches ein Alter von 17 Jahren hatte, infolge eines Schwimmbelanges aus der Höhe und zog sich so schwere Verletzungen zu, daß es bald darauf verstarb.

Schwerer Fliegerunfall. Der Flieger Parisot ist in Lüttich mit einem Passagier abgestürzt. Es handelte sich um einen Veruchtsflug des Fliegers. Das Flugzeug kippte um und traf dabei eine Anzahl von Zuschauern. Der Flieger und eine Person wurden getötet; ein kleiner Knabe liegt im Sterben. Etwa sieben bis acht Personen sind zum Teil schwer verletzt.

Das Erdbeben in Süd-Italien. Besonders schwer heimgesucht ist die kleine Stadt Logiano Gravina, in der 21 Personen zum Teil lebensgefährlich verletzt worden sind. Auch die Umgebung des Ortes, die als das Zentrum des Erdbebens herbe angesehen werden kann, hat schwer gelitten. In den Krankenhäusern befinden sich über 100 Verletzte, die zum Teil Knochenbrüche davongetragen haben. Auch mehrere Kirchen und andere öffentliche Gebäude sind zusammengefallen oder haben schwere Beschädigungen erlitten. Das Militär ist jetzt dabei, die unterbrochene telegraphische und telephonische Verbindung wieder herzustellen. Die Opferwilligkeit der italienischen Städte zeigt sich im reichsten Maße. Hilfe mit Nahrungsmitteln und sonstigen Gegenständen für die erste Hilfe sind an den Grenzorten des Erdbebengebietes eingetroffen.

Auch der Sturm hat sich. Ein Ausbruch des Vesuvius hat unter der Bevölkerung des anliegenden Ortes eine große Beunruhigung hervorgerufen. Das Auswerfen von Lava dauert noch immer fort.

Keine Posten. — **Bildungsarbeit des Kinos.** In Rom ist gegenwärtig eine Anstalt im Gange, die von der Anemalogen-Gesellschaft herausgegeben und auf der es heißt: Emilia Gaiotti, großes Drama des 19. (1) Jahrhunderts. Auf ausdrückliche Verlangen unserer Gesellschaft geschrieben. — **Russische Flugzeug-Omnibus.** Ein von dem russischen Ingenieur Sikorski erbautes Flugzeug unternahm am Sonntag mit sieben Passagieren seinen ersten öffentlichen Flug, der sich etwa eine halbe Stunde ausdehnte. Das Flugzeug ist mit bequemem Kabinen für zehn Passagiere versehen. Die Verbindung erfolgt durch vier Mann. Die Höhe haben eine Höhe von 400 Metern. Durch dies soll eine zwangsläufige Flugdauer ermöglicht werden können.

Alkoholfreie Getränke

Bilz-Sinaco
Brauerei
Thomas Brause, Dudenstr. 84, Leipzig 2311.

Bäckereien und Konditorien

Weyer, Walter, Kosenstr. 43.
Wider, August, Wielandstr. 5.
Froth, Carl, Oderstr. 29.
Hilber, J., Leuthenstr. 68.
Gottschalk, Paul, Lindenstr. 9 (gr. Markt).
Broschmann, H., Dudenstr. 61.
Alfred Roth, Schellingstr. 44.
Hübner, Wilhelm, Reichenstr. 9a.
Kraus, Wilhelm, Kienbergstr. 85.
Kraus, Julius, Kosenstr. 18 (gr. Markt).
Karl, August, Wilschstr. 21 (gr. Markt).
Meyer, Josef, Marktstr. 5 (gr. Markt).
Wöhrenlein, Max, Weichstr. 13.
Wolpert, August, Al. Orlowstr. 34.
Schmidt, Max, Margaretenstr. 15.
Kraus, Hermann, Matthiassstr. 136.
Wagner, Edmund, Gröblichstr. 45.
Walla, Gust., Alfenstr. 54.

Büchereien

Grüschke, Gab. Neue Gasse 12.

Bandagen

Rein, Joh., Schmiedestr. 17/18.

Bettfedern und Schnittwaren

Geschw. Kapst, Andersenstr. 2.

Bier-Brauereien, Bier-Verleger

Brauerei Sacrau, O. m. b. H.
Genossenschafts-Brauerei
Genossenschafts-Brauerei
Giesmannsdorfer Brauerei
Hopf & Görtke
Hübner, Max, Friedrich-Wilhelmstr. 45.
Hübner, August, Kienbergstr. 85.
Korn, Josef, Oderstr. 3.
Kraus, Julius, Kosenstr. 18 (gr. Markt).
Kraus, August, Wilschstr. 21 (gr. Markt).
Kraus, Hermann, Matthiassstr. 136.
Wagner, Edmund, Gröblichstr. 45.
Walla, Gust., Alfenstr. 54.

Bier-Apparate, Kohlensäure

Schönfeld, Carl, Schmiedestr. 11.

Café

Kaffee-Friedrich-Café, Nikolaistr. 58.

Damen-Konfektion

Rösel, Felix, Orlowstr. 7, I. u. II. Et.

Drogen und Farben

August, August, Wilschstr. 22.
Wöhrenlein, Max, Weichstr. 13.
Wolpert, August, Al. Orlowstr. 34.
Schmidt, Max, Margaretenstr. 15.
Kraus, Hermann, Matthiassstr. 136.
Wagner, Edmund, Gröblichstr. 45.
Walla, Gust., Alfenstr. 54.

Eisen- u. Stahlwaren

Hübner, Max, Friedrich-Wilhelmstr. 45.
Hübner, August, Kienbergstr. 85.
Korn, Josef, Oderstr. 3.
Kraus, Julius, Kosenstr. 18 (gr. Markt).
Kraus, August, Wilschstr. 21 (gr. Markt).
Kraus, Hermann, Matthiassstr. 136.
Wagner, Edmund, Gröblichstr. 45.
Walla, Gust., Alfenstr. 54.

Fabrikanten, Nähmaschinen

Hübner, Max, Friedrich-Wilhelmstr. 45.
Hübner, August, Kienbergstr. 85.
Korn, Josef, Oderstr. 3.
Kraus, Julius, Kosenstr. 18 (gr. Markt).
Kraus, August, Wilschstr. 21 (gr. Markt).
Kraus, Hermann, Matthiassstr. 136.
Wagner, Edmund, Gröblichstr. 45.
Walla, Gust., Alfenstr. 54.

Fabrikanten, Nähmaschinen

Hübner, Max, Friedrich-Wilhelmstr. 45.
Hübner, August, Kienbergstr. 85.
Korn, Josef, Oderstr. 3.
Kraus, Julius, Kosenstr. 18 (gr. Markt).
Kraus, August, Wilschstr. 21 (gr. Markt).
Kraus, Hermann, Matthiassstr. 136.
Wagner, Edmund, Gröblichstr. 45.
Walla, Gust., Alfenstr. 54.

Fabrikanten, Nähmaschinen

Hübner, Max, Friedrich-Wilhelmstr. 45.
Hübner, August, Kienbergstr. 85.
Korn, Josef, Oderstr. 3.
Kraus, Julius, Kosenstr. 18 (gr. Markt).
Kraus, August, Wilschstr. 21 (gr. Markt).
Kraus, Hermann, Matthiassstr. 136.
Wagner, Edmund, Gröblichstr. 45.
Walla, Gust., Alfenstr. 54.

Fabrikanten, Nähmaschinen

Hübner, Max, Friedrich-Wilhelmstr. 45.
Hübner, August, Kienbergstr. 85.
Korn, Josef, Oderstr. 3.
Kraus, Julius, Kosenstr. 18 (gr. Markt).
Kraus, August, Wilschstr. 21 (gr. Markt).
Kraus, Hermann, Matthiassstr. 136.
Wagner, Edmund, Gröblichstr. 45.
Walla, Gust., Alfenstr. 54.

Fabrikanten, Nähmaschinen

Hübner, Max, Friedrich-Wilhelmstr. 45.
Hübner, August, Kienbergstr. 85.
Korn, Josef, Oderstr. 3.
Kraus, Julius, Kosenstr. 18 (gr. Markt).
Kraus, August, Wilschstr. 21 (gr. Markt).
Kraus, Hermann, Matthiassstr. 136.
Wagner, Edmund, Gröblichstr. 45.
Walla, Gust., Alfenstr. 54.

Fabrikanten, Nähmaschinen

Hübner, Max, Friedrich-Wilhelmstr. 45.
Hübner, August, Kienbergstr. 85.
Korn, Josef, Oderstr. 3.
Kraus, Julius, Kosenstr. 18 (gr. Markt).
Kraus, August, Wilschstr. 21 (gr. Markt).
Kraus, Hermann, Matthiassstr. 136.
Wagner, Edmund, Gröblichstr. 45.
Walla, Gust., Alfenstr. 54.

Fabrikanten, Nähmaschinen

Hübner, Max, Friedrich-Wilhelmstr. 45.
Hübner, August, Kienbergstr. 85.
Korn, Josef, Oderstr. 3.
Kraus, Julius, Kosenstr. 18 (gr. Markt).
Kraus, August, Wilschstr. 21 (gr. Markt).
Kraus, Hermann, Matthiassstr. 136.
Wagner, Edmund, Gröblichstr. 45.
Walla, Gust., Alfenstr. 54.

Er erscheint 3mal wöchentlich.

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Den Lesern bei Einkäufen empfohlen.

Wohn, Wilh., Baderstr. 13.
Wredde, Wilhelm, Baderstr. 9.
Wredde, Hermann, Heroldstr. 30.
Wredde, Reinhold, Gröblichstr. 52.
Wredde, Ernst, Rohranstr. 49.
Christoph, Albin, Fersenstr. 77.
Teumann, Frau, Matthiassstr. 157.
Ulrich, Hermann, Gröblichstr. 70.
Wieschner, Robert, Lohestr. 32.
Widman, Max, Fersenstr. 48.
Widner, Max, Fersenstr. 28.
Widner, Carl, Oderstr. 29.
Widner, J., Leuthenstr. 68.
Widner, Theod., Lindenstr. 9 (gr. Markt).
Widner, H., Dudenstr. 61.
Widner, Alfred, Schellingstr. 44.
Widner, Wilhelm, Reichenstr. 9a.
Widner, Wilhelm, Kienbergstr. 85.
Widner, Julius, Kosenstr. 18 (gr. Markt).
Widner, Karl, August, Wilschstr. 21 (gr. Markt).
Widner, Max, Margaretenstr. 15.
Widner, Hermann, Matthiassstr. 136.
Widner, Edmund, Gröblichstr. 45.
Widner, Gust., Alfenstr. 54.

Wohn, Wilh., Baderstr. 13.
Wredde, Wilhelm, Baderstr. 9.
Wredde, Hermann, Heroldstr. 30.
Wredde, Reinhold, Gröblichstr. 52.
Wredde, Ernst, Rohranstr. 49.
Christoph, Albin, Fersenstr. 77.
Teumann, Frau, Matthiassstr. 157.
Ulrich, Hermann, Gröblichstr. 70.
Wieschner, Robert, Lohestr. 32.
Widman, Max, Fersenstr. 48.
Widner, Max, Fersenstr. 28.
Widner, Carl, Oderstr. 29.
Widner, J., Leuthenstr. 68.
Widner, Theod., Lindenstr. 9 (gr. Markt).
Widner, H., Dudenstr. 61.
Widner, Alfred, Schellingstr. 44.
Widner, Wilhelm, Reichenstr. 9a.
Widner, Wilhelm, Kienbergstr. 85.
Widner, Julius, Kosenstr. 18 (gr. Markt).
Widner, Karl, August, Wilschstr. 21 (gr. Markt).
Widner, Max, Margaretenstr. 15.
Widner, Hermann, Matthiassstr. 136.
Widner, Edmund, Gröblichstr. 45.
Widner, Gust., Alfenstr. 54.

Hüte und Mützen

Barth, H., Gröblichstr. 20, Alfenstr. 2.
Edert, Fritz, Kienbergstr. 10.
Hanke, Paul, Nachstr. Fr.-Wilhstr. 23.
Lummer, C., Gröblichstr. 68. (Fuh.)
Widner, Carl, Fersenstr. 28.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.

Herrn-Artikel

Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.

Hygienische Artikel

Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.

Kinderwagen, Reisekörbe, Bettstellen

Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.

Kaffee, Tee

Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.

Gewaltig, Heinrich

Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.

Pohl, B., in allen Stadtteilen.

Kinematographen

Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.

Eden-Theater

Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.

Ring-Theater

Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.

Wahlhalla-Theater

Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.

Kleiderstoffe, Seldwaren

Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.

Schmidt, Otto

Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.

Konfitüren und Schokoladen

Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.

Kolonialwaren

Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.

Kleiderstoffe, Seldwaren

Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.

Kleiderstoffe, Seldwaren

Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.

Kleiderstoffe, Seldwaren

Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.

Kleiderstoffe, Seldwaren

Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.

Lüdcke, Hugo, in all. Stadtteilen.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.

Möbel-Magazine

Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.

Karsunky

Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.

Nähmaschinen

Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.

Optiker

Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.

Pantoffel- u. Holzschuhfabrikat

Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.

Papier- und Schreibwaren

Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.

Buscher, Fürmann

Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.

Hilbig, M., in allen Stadtteilen.

Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.

Langner, August

Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.

Photographische Ateliers

Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.

Putz, Modes

Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.

Restaurateurs

Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.

Bräuer, Karl

Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.

Flöter, B.

Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.

Strumpfabriken, Strümpfe

Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.

Trauer-Kleidung

Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.

Uhren und Goldwaren

Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.

Waren- u. Kaufhäuser

Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.

Sargmagazine

Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.

Schnelderei-Artikel

Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.

Seifengeschäfte

Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.

Schankwirtschaften

Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.

Werkzeuge, Baubeschlüge

Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.

Wild- und Geflügel

Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.

Zahn-Ateliers

Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.

Zigarren u. Zigaretten

Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.

Kaufhaus F. Freund, Matthiassstr. 12/13, 5% Rabatt.
Kaufhaus Gredler, Tor, Substr. 51.
Kaufhaus Weidner, Frankfurtstr. 60.

Wäsche, Trikotonen

Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.

Schönfeld, Goetz

Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.

Haenschner, Fr.

Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.

Pabel, Jos.

Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.

Weiss- und Wollwaren

Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.

Abend, Herm.

Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.

Friedrich, Gebr.

Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.

Wild- und Geflügel

Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.

Zahn-Ateliers

Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.

Zigarren u. Zigaretten

Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.

Restaurateurs

Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.
Widner, Robert, Fersenstr. 31.

Strumpfabriken, Strümpfe

Widner,

Die Annahme der Wehr- und Deckungsvorlagen.

Zum Schluß noch ein Unfall.

Deutscher Reichstag.

178. Sitzung. Montag, den 30. Juni, Mittags 12 Uhr.

Am Bundesratsitz: von Bethmann-Sollweg, Deibler, Kühn, von Peeringen. Das Haus ist sehr stark besetzt.

Abänderung des Militärstrafgesetzbuchs.

Der fortschrittliche Antrag, der bei den Verbrechen des militärischen Aufruhrs, der Weiererei usw. mildernde Umstände zulassen und dann Gefängnisstrafe verhängen will, wird zu Gunsten eines Kompromißantrags aller großen Parteien zurückgezogen, wonach bei diesen Delikten in minder schweren Fällen die Strafe bis auf 6 Monate bzw. 1 Jahr Gefängnis ermäßigt werden kann.

Der Antrag wird in der ersten Lesung ohne Debatte angenommen. In der zweiten Lesung erklärt

Reichskanzler Dr. v. Bethmann-Sollweg: Ich kann aus natürlichen Gründen im gegenwärtigen Augenblick nicht im Namen der Verbündeten Regierungen sprechen. Für meine Person erlaube ich es an, daß es wünschenswert ist, für eine Anzahl militärischer Delikte mildernde Umstände zuzulassen. (Bravo!) Ich werde deshalb, falls der gestellte Antrag vom Reichstag angenommen wird, im Bundesrat für ihn eintreten. (Bravo!)

In zweiter Lesung wird der Antrag gegen wenige konservative Stimmen, darunter die Abgg. v. Böhlenhoff-Röpin und Kretsch, angenommen. (Beifall.)

Abg. Wasseremann (natl.) beantragt, sofort die dritte Lesung vorzunehmen.

Vizepräsident Baase: Das kann nur ausnahmsweise geschehen und das Präsidium läßt eine solche Ausnahme ungern eintreten. Da sich aber kein Widerspruch erhebt, begnügen wir mit der dritten Lesung.

Abg. Baase (Soz.): Wir sehen in diesem Antrag nur einen kleinen Anfang zu der dringend notwendigen allgemeinen Reform des Militärstrafgesetzbuchs. Unsere Wünsche gehen viel weiter, namentlich in Bezug auf diese Paragraphen. Aber wir stimmen dem Antrag zu, in dem festen Entschluß,

eine sofortige Besserung

eintreten zu lassen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wir rechnen auch darauf, daß der Gerichtsherr, dem die Untersuchung des Criminalrechts obliegt, es in einer solchen Weise prüfen wird, daß die Wohlthaten des vorliegenden Gesetzesentwurfs den Betroffenen sofort zu Gute kommen. (Sehr großer Beifall bei den Soz. und anderen Parteien.)

Abg. Dr. Brochhausen (konl.): Wir haben mehrfach anerkannt, daß eine Abänderung des Militärstrafgesetzes gerechtfertigt wäre, auch bei diesen Paragraphen. Wir müssen aber Verwahrung dagegen einlegen, daß die Beratung der Wehrvorlage dazu benutzt wird, Zugeständnisse von einer Tragweite zu erlangen, die noch nicht zu übersehen ist. Wir protestieren auch dagegen, daß solche gesetzgeberischen Maßnahmen vom Reichstag derartig über die Knie gebrochen werden. (Sehr wahr! rechts, Widerspruch links.) Da aber hier eine sachliche Bezeichnung vorliegt, werden meine politischen Freunde in ihrer Wehrgefühl für den Gesetzesentwurf stimmen, ohne sich aber für die Zukunft irgendwie zu präjudizieren. (Beifall rechts.)

Abg. Schulz-Drobnitz (natl.) behauptet, daß mit diesem Antrag ein Zwang auf die Regierung gelte, weshalb ihn die Reichspartei auch nicht habe unterschreiben können.

Abg. Dr. Spahn (Zentr.): Nicht um einen Zwang auf die Regierung handelt es sich hier, sondern um die Erfüllung sehr alter Wünsche des Reichstags. Es muß auf diesem Gebiete endlich etwas geschehen. (Sehr richtig! im Zentr. u. links.)

Der Gesetzesentwurf wird in dritter Lesung fast einstimmig, gegen wenige konservative, angenommen. Die Abstimmung dieser paar konservativen zeigt lebhaften Unwillen der großen Mehrheit des Hauses, der sich in zahlreichen Zurufen äußert.

Der angenommene Gesetzesentwurf hat folgenden Wortlaut:

Als § 110a des Militärstrafgesetzbuchs wird folgende Vorschrift eingefügt: § 110a: Liegt in den Fällen der §§ 109, 107, 106, 110 ein minder schwerer Fall vor und ist die Tat nicht im Felde begangen, so kann die Strafe in den Fällen der §§ 100, 101 und 108 bis auf 6 Monate, in den Fällen der §§ 100, 103, 107 und 110 bis auf ein Jahr Gefängnis ermäßigt werden. Im Abs. 2 des § 109 wird das Wort „jwei“ durch „einen“ ersetzt.

Dritte Lesung der Militärvorlage.

In der dritten Lesung verlangt niemand das Wort. Der Antrag Wasseremann (natl.) auf Wiederherstellung der in der zweiten Lesung auf die Hälfte reduzierten Regierungsforderung, sechs neue Kavallerieregimenter zu bewilligen, wird unter allgemeiner Unruhe mit den Stimmen der Rechten, des Zentrums und der Nationalliberalen angenommen. (Sehr großer Beifall und vereingeltes Händelklatschen bei diesen Parteien.)

In der Gesamtstimmung wird die Militärvorlage auf Mehrinstellung von 186.000 Mann pro Jahr in das stehende Heer gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Linken und Polen angenommen. (Sehr großer Beifall bei den bürgerlichen Parteien.)

Der Reichstag hat, der infolge der Militärvorlage nötig geworden ist, wird ohne Debatte von den gleichen bürgerlichen Parteien angenommen.

Dritte Lesung der Deckungsvorlagen.

In der Generaldebatte gibt im Namen der sozialdemokratischen Fraktion Abg. Baase (Soz.) folgende Erklärung

ab: „Die Mehrheit dieses Hauses hat eine neue ungeheuerliche und völlig unbegreifliche Entscheidung der Heeresrüstung beschlossen. Wir haben den Nachweis erbracht, daß dies nicht der Weg ist, um das Land vor Kriegsgefahr zu schützen und den Frieden zwischen den Verbündeten zu sichern. (Sehr wahr! bei den Soz.) Nachher werden wir betont und wiederholen es in jeder Stunde: die fortgesetzten Rüstungswettläufe steigern das Mißtrauen zwischen den Völkern, fördern die internationalen Beziehungen und beschwören schließlich trotz aller Friedensversicherungen die Gefahr eines Weltkrieges herauf, entgegen den Interessen und Wünschen des arbeitenden Volkes. (Sehr großer Beifall bei den Soz.) Zugleich ist der Militarismus als Instrument der Klassenherrschaft auch eine sehr be-

Just. bei den Soz.) Unsere Anträge, die darauf gerichtet waren,

schwere Mißstände dieses Systems

zu beseitigen und seine Umbildung zur Volkswehr vorzubereiten, sind abgelehnt worden. Die Wehrvorlage ist Weh. So stehen wir nur noch vor der Frage: wer soll die Kosten tragen? Wir haben stets gefordert, daß die Rüstungskosten nicht den Bestlosen aufgebürdet werden. Damit stehen wir im vollen Einklang mit der internationalen Sozialdemokratie und namentlich auch mit unseren Parteifreunden in der französischen Deputiertenkammer. Gemeinsam mit ihnen haben wir dies noch am 1. März ds. Js. in einem Manifest zum Ausdruck gebracht und erklärt:

„Wenn trotz unseres entschlossenen Widerstandes den Völkern neue militärische Ausgaben auferlegt werden, so wird die Sozialdemokratie heider Länder mit aller Energie dafür kämpfen, daß die finanziellen Lasten auf die Schultern der Wohlhabenden und Reichen abgewälzt werden.“

Von diesem Grundsatz ausgehend, stimmen wir gegen das Gesetz über Änderungen im Finanzwesen, obwohl einige Verbesserungen erreicht wurden. Denn in ihm wird unter Bruch des wiederholt gesetzlich festgelegten Versprechens die Ermäßigung der Zuckersteuer dem Volke vorenthalten, und der Kriegsschatz erhöht, eine

politisch und wirtschaftlich verhängnisvolle Maßregel.

(Sehr wahr! b. d. Sozialdem.) Wir stimmen ferner gegen die Änderung des Reichskompensationsgesetzes, weil dadurch der Mittelstand in ungerechter Weise belastet wird. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die Gesetze über den einmaligen außerordentlichen Wehrbeitrag und über eine Besitzsteuer haben zwar auch viele Mängel, für deren Beseitigung wir vergeblich gekämpft haben. Trotzdem bilden sie den Anfang der von uns stets geforderten Reichseinkommen-, Reichsvermögens- und Erbschaftsteuer. (Sehr wahr! b. d. Soz., Ört, hört! rechts.) Zu unserer Genugtuung wurde der Plan durchkreuzt, den auf rücksichtslosen Wohlgelegen beruhenden Landtagen der Einzelstaaten die Möglichkeit zu geben, daß die Kosten dieser Entrüstungssteigerung wiederum den

minderbemittelten Schichten aufgebürdet werden.

(Sehr richtig! b. d. Soz., Unruhe rechts.) Um zu verhindern, daß an ihre Stelle andere, die ärmeren Volksschichten belastende Steuern treten, sind wir bereit, diesen beiden Vorlagen unsere Zustimmung zu geben. (Sehr richtig! b. d. Soz., Unruhe rechts.) Dabei gehen wir von der Ueberzeugung aus, daß die damit eingeleitete schärfere Peranziehung der Besitzenden zu den Rüstungskosten dazu beitragen wird, die Sympathie dieser Kreise für eine Fortsetzung der Rüstungs-treueidenen zu kühlen und uns dadurch den Kampf gegen den Militarismus zu erleichtern. (Sehr großer Beifall b. d. Soz.)

Weitere Wortmeldungen zur Generaldebatte liegen nicht vor.

Zur Spezialberatung liegt nun § 8 des Zuwachssteuergesetzes ein Kompromißantrag Wasseremann-Erberger-Gothein vor, der die darin vorgesehenen Steuerfreiheiten für kleinere Grundstücke nicht eintreten lassen will, wenn der Verkäufer oder sein Ehegatte den Grundstückshandel gewerbetätigig betreibt.

Abg. Baase (Soz.): Wir werden dem Antrag zustimmen, der einer von mir gegebenen Anregung aus der zweiten Lesung entspricht.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Ein weiterer Kompromißantrag Wasseremann-Erberger-Gothein will den aus der Besteuerung der Erbschaften aufkommenden Rohbetrag zu vier Fünftel dem Reich und zu ein Fünftel den Bundesstaaten zuweisen.

Abg. Graf Westarp (konl.): Wir stimmen gegen den Antrag, der den Bundesstaaten weitere 60 Millionen entzieht.

Abg. Erberger (Zentr.): Der Antrag ändert garnichts. Bisher verbietet den Bundesstaaten von einer geringeren Erbschaftsteuer 20 Prozent und nur sollen sie von einer höheren Erbschaftsteuer, durch die sie fernerhin Mehrarbeit haben, 20 pCt. bekommen.

Der Antrag wird gegen die Rechte angenommen. Die Gesamtabstimmung wird ausgeführt.

Es folgt die dritte Lesung des Besitzsteuergesetzes.

Abg. Graf Westarp (konl.): Wir hätten gewünscht, diese Steuer mit der Mehrheit beschließen zu können, und daß es möglich gewesen wäre, den 1909 einschalten. Parteilosheit endgültig zu erledigen. (Sehr wahr! rechts.) Aber es gibt Grenzen, über die wir grundsätzlich nicht hinausgehen können. Wir haben gegen dieses Gesetz verfassungsmäßige und staatsrechtliche Bedenken ernstlicher Art. Es enthält eine Vermögens-, Einkommens- und Erbschaftsteuer. (Sehr wahr! links.) Damit greift es in die Finanzen der Einzelstaaten zu sehr ein, und macht es ihnen unmöglich, ihre Kulturaufgaben zu erfüllen. (Sehr wahr! rechts, Lachen links.)

Der Regierungsvorlage selbst würden wir zugestimmt haben, aber die Kompromißbeschlüsse geben, weil darüber hinaus, sie gefallen den Einzelstaaten nicht mehr, die Kosten einbringend ihrer Eigenart und wirtschaftlicher Entwicklung aufzubringen. Die direkte Reichsbesitzsteuer, Vermögens- und Einkommenssteuer rührt an die verfassungsmäßigen Grundlagen des Reiches. (Sehr wahr! rechts, Heiterkeit links.)

Ein Antrag der Sozialdemokratie über dieses Gesetz, daß es sozialdemokratischen Gesetzen im (Sehr wahr! links.) Wir machen keinen Anfang auf dem Weg zum sozialistischen Staat. (Sehr wahr! links.) Aber auch der Beschluß der Steuerpflicht der Bundesländer können wir nicht unterstützen und gegen die Beschlüsse der Sozialdemokraten, Reichsbesitzsteuer und des Reiches. (Sehr wahr! links.) Ich will in dem nationalen Geist nicht bis zum Ende mitgehen, wenn wir nicht wollen, die Regierungsvorlage durchzuführen. (Sehr wahr! links.) (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) (Zustimmung bei den Soz.) Aber nicht aus Ihren Taschen, aber der ganzen Nation. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) (Bravo! rechts)

Abg. Wasseremann (natl.) beantragt namentliche Abstimmung über das Besitzsteuergesetz.

Abg. Schulz (Rp.) schiebt der Regierung die Verantwortung zu für die Gestaltung der Deckung, jedoch werde seine Partei samt dem Abgeordneten v. Seyl für die Deckungsvorlage stimmen.

Damit schließt die Generaldebatte.

In der Einzelberatung begründet Abg. Sebebour (Soz.) einen Antrag, wonach alljährlich bei der Feststellung des Etats bestimmt werden soll, welcher Prozentsatz der Besitzsteuer in den betreffenden Jahren erhoben werden soll (Quotifizierung). Das deutsche Reichssteuerrecht entlehnt bis jetzt in der Hauptsache nur indirekte Steuern, die ein für allemal in ihrem Ertrag festgesetzt sind und auf deren Höhe, wenn sie einmal beschlossen sind, das einzelne Steuerjahr keinen Einfluß haben kann. Um aber wenigstens in gewissem Sinn die Steuern dem jährlichen Bedürfnis anpassen zu können, sind die Patrimonialbeiträge eingeführt worden. (In der großen Unruhe des Hauses ist der Redner schwer verständlich.) Jetzt, wo wir direkte Reichssteuer einführen, ist es dringend notwendig, daß dem Mangel abgeholfen wird, den unser Steuerrecht bis jetzt zeigt, und daß der Reichstag in die Lage kommt, jährlich den Betrag der zu erhebenden Steuer festzusetzen. Nun wird man gegen unser Verlangen vielleicht einwenden, daß eine Vermögenssteuer nicht so leicht variabel gemacht werden kann wie eine Einkommensteuer. Wir würden ja eine Reichseinkommensteuer der nun vorgeschlagenen Reichsbesitzsteuer vorziehen, aber all diesen Bedenken hat Graf Westarp von vornherein die Spitze abgebrochen, indem er zweimal erklärt hat, daß dieses Gesetz die Reichseinkommen-, Vermögens- und Erbschaftsteuer enthalte. (Sehr gut! b. d. Soz.) Wenn Graf Westarp fortfährt, die sich vollziehende Entwicklung so anzuerkennen, so kann er dem deutschen Volk in seiner weiteren parlamentarischen Karriere vielleicht noch ganz gute Dienste leisten (Heiterkeit), und das erkennen wir immer gern an, von welcher Seite es auch geschehen möge. Wir sind auch jederzeit bereit, die Bundesgenossenschaft anderer Parteien anzunehmen, wenn es sich um Fortschritte handelt. (Beifall bei den Soz.)

Reichssekretär Kühn bittet den Antrag aus prinzipiellen und praktischen Gründen abzulehnen. Zurzeit sei auch kaum die Möglichkeit gegeben, die Frage der Quotifizierung aufzurollen.

Abg. Finow (Rp.): Ihrer ganzen Natur nach läßt sich die Besteuerung der Erbschaften nicht beweglich gestalten.

Abg. Sebebour (Soz.): Für unseren Antrag müßten alle Parteien eintreten, denen es mit den Staatsrechten des Reichstages ernst ist. Früher haben sich auch Zentrum und Nationalliberalen im Sinne unseres Antrages ausgesprochen. (Sehr gut! b. d. Soz.) Wenn die Einkommensteuer quotifiziert werden kann, dann kann es auch die Erbschaftsteuer.

Es folgt die dritte Lesung des § 49, dem als Absatz 2 in der zweiten Lesung auf Antrag der Sozialdemokraten die Bestimmung hinzugefügt worden war, daß der Bundesrat die Behörden bestimmt, die für die Veranlagung der Bundesfürsten zur Besitzsteuer zuständig sind.

Reichskanzler von Bethmann-Sollweg: Ich kann nur die bereits wiederholt abgegebene Erklärung der verbündeten Regierungen wiederholen und den Reichstag dringend bitten, den Absatz 2 des § 49 im Interesse des Zusammenhalts des Gesetzes abzulehnen. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Junck (natl.): Wir werden den Absatz ablehnen, weil wir nicht wollen, daß auch nur ein Teil dieses nationalen Wertes an dieser Frage scheitert. Durch unsere Abstimmung bringen wir aber nicht zum Ausdruck, daß die deutschen Fürsten nach dem geltenden Recht der Besteuerung nicht unterliegen. Die weitläufig überwiegende Mehrheit meiner Fraktion ist vielmehr gerade entgegengesetzter Ansicht, überläßt die Entscheidung dieser Frage aber der Annahme des Gesetzes. (Lachen b. d. Soz.) Bei dieser Gelegenheit stellen wir fest, daß sich eine etwaige Steuerfreiheit zu beschränken hat auf die Person des Landesherren und der Landesherren. Gegen die Steuerpflicht der anderen Mitglieder fürstlicher Häuser sind staatsrechtliche Bedenken nicht mehr erhoben worden.

Eine Resolution Herzog (Wirtsch. Bgg.) ersucht die verbündeten Regierungen, ein Gesetz einzubringen, durch das die Steuerpflicht der Fürsten geregelt wird.

Abg. Wehrens (Wirtsch. Bgg.) bittet, diese Resolution anzunehmen.

Abg. Baase (Soz.): Was wir bisher erlebt haben, ist ein glatter Unfall gegenüber dem Sittenregeln der Regierung. (Sehr wahr! links.) Wie das Gesetz angewendet werden wird, können wir uns ja denken, denn die Regierung verneint ja die Steuerpflicht der Fürsten. Daher muß der Reichstag den verbündeten Regierungen den Zwang auferlegen, im Sinne seiner Mehrheitsbeschlüsse das Gesetz anzuwenden. (Sehr gut! links.) Die große Mehrheit des Reichstags ist der Ansicht,

daß die Steuerpflicht der Fürsten besteht.

Würde der Absatz 2 des § 49 abgelehnt werden, so würde trotz aller Erklärungen draußen der Eindruck erweckt werden, als ob der Reichstag eine solche Steuerpflicht nicht anerkennt. (Sehr richtig! links.) Dieser Eindruck aber wäre ein falscher. Gerade nach der Erklärung des Reichskanzlers ist es die Pflicht des Reichstags, hier einen Niegel vorzusetzen. (Lachen.) Nur wir das nicht, so können sich Staatsrechtler in Zukunft darauf berufen, daß der Reichstag niemals im Sinne der Steuerpflicht entschieden habe. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Setzen Sie daher konsequent und halten Sie am Beschluß zweiter Lesung fest. (Beifall links.)

Abg. Dr. David (Soz.): Wenn die Resolution der Wirtschaftlichen Vereinigung angenommen würde, würde der Reichstag erklären, daß bis zum Zustandekommen des darin verlangten Gesetzes eine Steuerpflicht der Fürsten nicht besteht. Die Resolution ist also kein getragener Wunsch aus der jetzigen Situation. Daran, daß durch die Aufrechterhaltung des Beschlusses zweiter Lesung das Gesetz geändert würde, glaube ich, hier im Hause kein Mensch (Sehr richtig! links.) Meinen Sie, daß es die Regierung vor dem Senate wegen nicht, dieses Gesetz zurück zuweisen, nur weil die Steuerpflicht der Bundesfürsten darin steht? (Sehr gut! links.) Das ist politisch einfach nicht möglich. Der Reichstag hat die ganze Macht in dieser Frage in der Hand, und deshalb hat er auch die ganze Verantwortung. (Sehr wahr! links.)

In namentlicher Abstimmung wird der Absatz 2 des § 49 mit 186 gegen 104 Stimmen der 3 Stimmenhaltungen gezeichnet. Die Resolution Herzog wird gegen die Stimmen der Wirtschaftlichen Vereinigung abgelehnt.

Die Änderung des Reichskompensationsgesetzes wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Der Mehrheitsbescheid wird gegen die Stimmen der Polen ange-

Die Änderungen im Finanzwesen (Aufrichterhaltung der Zuckersteuer usw.) werden gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Polen angenommen.

Das Besitztumsvergesetz wird mit 250 gegen 69 Stimmen bei 29 Stimmenthaltungen angenommen. In der Minderheit stimmt die Rechte, die Stimmenthaltungen stammen aus dem Zentrum.

Die Änderung des Reichsstempelgesetzes wird in der Gesamtabstimmung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. (Die Sozialdemokraten verlassen den Saal.)

Präsident Kämpf: Wir stehen am Schlusse einer Sitzung, deren in der Geschichte des Reichstags als einer der denkwürdigsten bezeichnet werden wird. Nicht nur die Dauer von 7 Monaten habe ich dabei im Auge, sondern die fast unüberwindlichen Schwierigkeiten, die der Reichstag zu überwinden hatte. Wenn ein Ausweg gefunden worden ist, so ist das dem festen Willen des Reichstags zu verdanken, in einer schwer selbst unentbehrlich und vor der Kritik der Geschichte standhaltenen Weise die ihm gestellten Aufgaben zu erfüllen. (Beifall.) Groß waren die Anforderungen, die an die Arbeitskraft der Reichstagsmitglieder im allgemeinen und der Budgetkommissionsmitglieder mit ihrem bewährten Vorwissen an der Spitze gestellt wurden. (Beifall.) Der Reichstag ist den gestellten Anforderungen gerecht geworden, und zwar mit einer planvollen Initiative bei der Ausfertigung der ihm vorgelegten Gesetze, wie kaum je zuvor. Wir können heute das Gefühl der erfüllten Pflicht haben, das uns vollen Erfolg bietet für die hinter uns liegenden Sorgen und Aufregungen. Die

Opfer, die gebracht werden müssen.

sind schwerer denn je zuvor. Möge der Abschluss des großen Werkes in der gesamten Nation das Gefühl der Sicherheit und Ruhe stärken, das für die gedeihliche Entwicklung des Reiches unentbehrlich ist und möge es dazu beitragen, uns und der Welt den Frieden zu bewahren, den das gesamte Deutschland herzlich will. (Beifall.)

Abg. **Wassermann** (nall.) dankt dem Präsidenten für die umfängliche und gerechte Leitung und Präsident Kämpf überreicht den Dank auf die Vizepräsidenten, Schriftführer, Nichtoren und alle Reichstagsbeamte. (Bravo!) Er erbittet und erhält die Ermächtigung, die nächste Sitzung einzuberufen und die Tagesordnung festzustellen.

Reichstangler v. Bethmann-Hollweg: Lassen Sie auch mich die Ueberzeugung äußern, daß dank der gemeinsamen Arbeit der verbündeten Regierungen und des Reichstags ein großer Wert getan ist. Es wird gewiß keiner unter uns sein, der an dem großen Werk nicht manches andere wünschte, und mancher im Laube wird Mängel und Härten darin sehen, wie neuen Lasten verteilt worden sind. Über trotz aller Mängel im einzelnen wird das Ganze der Nation zum Heile dienen. Die großen Opfer werden getragen für die höchsten Güter der Nation, für den Frieden und die Ehre des Landes. Mit der Beibehaltung des festen Entschlusses, für die Sicherheit des Reiches Gut und Blut herzugeben, können wir hellen Blickes und mit verstärkter Zuversicht auf die Zukunft sehen — wenn es sein möchte — auf siegreiche Durchführung in die Zukunft sehen. (Bravo!) Das Berufswesen hierzu möge jetzt nach langer und aufopfernder Arbeit die Herzen in ihre Heimat geleiten. (Bravo!)

Der Reichstangler verliest dann die kaiserliche Verordnung, durch die der Reichstag bis zum 20. November vertagt wird.

Präsident Kämpf schließt die Sitzung mit dem üblichen Kaiserhoch.

Schluß: 3 Uhr.

Schlesien, Polen und Nachbargebiete.

Der Waldenburger „Meineids“-Prozess.

Wie unseren Lesern bekannt ist, begann am Montag in Schweidnitz der „Meineids“-Prozess gegen die Genossen Hoffmann, Weichelt und Okerroth. Der Prozeß, zu dem nicht weniger als hundert Zeugen geladen sind, unter ihnen der Regierungsrat Reindorf, dürfte ein richtiger Sensationsprozeß werden, warte doch die konservativste Presse bereits siederhaft darauf, um den Prozeß politisch gegen die Sozialdemokratie auszuspielen zu können. Um unseren Lesern ein getreues Bild von dem Prozeß zu geben, wollen wir noch einmal die Vorgänge, die dazu geführt haben, hier kurz an unserer Seite vorübergehen lassen. Ueber die Vorgeschichte dieses Prozesses entnehmen wir der „Bergwacht“ folgendes:

Bei der letzten Reichstagswahl im Waldenburger Kreis wurde vom sozialdemokratischen Parteivorstande ein Flugblatt verbreitet, das sich in Form eines offenen Briefes des früheren sächsischen Oberassistenten Gallaß an den Regierungsrat Reindorf wandte. Gegen dieses Flugblatt klagte Reindorf Klage an, aber insbesondere nicht wegen der darin aufgestellten Behauptungen, sondern nur wegen Formalschuld. Gallaß erklärte, daß er wohl bereit sei, für jede aufgestellte Behauptung den Wahrheitsbeweis anzutreten, für die Form jedoch nicht die Verantwortung übernehme, da diese von anderer Seite erst in das Flugblatt hineingetragen worden sei. Da derjenige, der dies getan, dem Gericht jedoch nicht bekannt war, so wurde gegen den Schriftführer der „Bergwacht“, Genossen Weichelt, Anklage erhoben und dieser auch zu 30 Mark Geldstrafe verurteilt. Da diese Verurteilung von „Lageblatt“ dazu benutzt wurde, um in durchaus wahrheitswidriger Weise zu behaupten, durch diese Verurteilung sei bewiesen, daß die Reichstagswähler durch den „Offenen Brief“ irregeführt und betrogen worden seien — das „Lageblatt“ forderte sogar der Genossen Seite auf, sein Mandat niederzulegen —, so war die Verurteilung der Reichstagswähler keine Rede sein kann, da alle Behauptungen der Wahrheit entsprechen und unter Beweis gestellt werden.

Mit dieser Vermittlung Weichelt wäre nun wohl der ganze Akt erledigt gewesen, wenn nicht ein anderer Umstand eingetreten wäre. Bei Gründung der „Bergwacht“ hat n. a. auch ein Geschädigter namens Aljeß Reindorf als Expedient ange stellt worden. Dieser war früher in „Dreizehn“ beschäftigt

hatte es verstanden, das Vertrauen der Genossen nur zu erschleichen. Da Köhler schon zu früherer Zeit Geschäftsgewinn durch „Kleber“ -Druckerei verraten hätte — was allerdings nur eine Person im Parteivorstand wußte —, so bedauern wir seine Einstellung heute um so mehr. Dals nach seiner Einstellung stellte sich heraus, daß Köhler für das Amt eines Expedienten vollständig ungeeignet war. Die Redaktionsleitung hat sich mehrmals damit beschäftigt, schließlich hat man sich damit, daß man ihm lediglich das Eintragen der Inseratenaufträge und Rechnungs-Ausfertigen übertrug. Aber auch hier kam insolge seines Ganges zum Trunde fortgesetzt Unregelmäßigkeiten und Kellamifikationen von Geschäftsleuten vor. Alle Ermahnungen in dieser Richtung blieben fruchtlos. Trotz alledem würde es wohl noch nicht zur Entlassung Köhlers gekommen, wenn sein Verhalten auch außerhalb des Betriebes nicht ein solches gewesen wäre, das es geeignet war, den ganzen Betrieb der „Bergwacht“ zu kompromittieren. Selbst gegnerische Versammlungen und Vereinigungen wurden von ihm aufgesucht und in der rätselhaftesten Weise geführt. Als sich selbst das „Lageblatt“ mit dem Verhalten Köhlers in einer christlichen Versammlung in Altwasser in der „Germania“, allerdings ohne seinen Namen zu nennen, beschäftigt, sah sich endlich die Geschäftsleitung genötigt, Köhler zu kündigen. Kaum war Köhler entlassen, als er in Altwasser in allen Anzeigen von allerhand Geheimnissen in der „Bergwacht“-Druckerei jagelte, auch suchte er Genossen zu veranlassen, zum Zwecke der erneuten Einstellung Unterschriften zu sammeln. Einige Zeit später erklärte er in verschiedenen Briefschaften, daß ihm von der Reinborff-Partei 1500 Mk. angeboten worden sei, wenn er die ganze Gesellschaft da drüben meinedig mache. Wohl insolge dieser Reaktionen ist man dann im „Lageblatt“ auf ihn aufmerksam geworden, wenigstens hat er mit diesem schriftlichen Verkehr gepflogen. Es dauerte auch nicht lange, um Köhler, der bis dahin jede andere Stellung, die ihn durch den Arbeitsnachweiser der Buchdrucker angeboten wurde, ausgeschlagen hatte, wurde im „Lageblatt“, das sich vorher noch über sein rätselhaftes Benehmen enträstel hatte, eingeführt. Und jetzt geschähe das Sonderbare! Nachdem er im „Lageblatt“ Arbeit erhalten, rückte er bei der Staatsanwaltschaft gegen seinen Kollegen und Freund, den Kallor Hoffmann, eine Anzeige wegen Meineids ein, den dieser in dem Prozeß gegen Weichelt geleistet haben soll. Das „Lageblatt“ hat in seiner bekannten Wahrheitsliebe fröhlich bekräftigt, daß Köhler die Anzeige erstattet. Das Blatt suchte es so darzustellen, als sei Köhler vorgeladen worden und habe als wahrheitsliebender Mensch nur seine Pflicht getan. Diese Darstellung ist, wie so viele andere Behauptungen des Blattes, erlogen. Köhler hat die Anzeige erst gemacht, nachdem er von uns entlassen und im „Lageblatt“ angestellt war; er hat entweder aus Neid oder aus Arglist, aber auf Betreiben dritter Personen, die Köhler wirklich der Ehrenmann, als den ihn das „Lageblatt“ hinstellen sucht, dann hätte er, falls er der Auffassung gewesen, es sei ein Meineid geleistet worden, sofort Anzeige erstatten müssen und nicht erst dreiviertel Jahr später.

Okerroth und Weichelt sollen den Meineid in der Romanverfahren gegen Hoffmann geleistet haben. Das der Ehrenschick der Partei rein ist, das wird auch der Prozeß, über den wir unter Uefer unterrichtet werden, beweisen.

Am Montag morgen Punkt 9 Uhr wurde die Verhandlung gegen unsere Genossen eröffnet. In den Gängen des düsteren Schönergerichts drängen sich die Zeugen, Zuhörer und Berichterstatter; unter letzteren befinden sich auch die Vertreter der Waldenburger Straßenbesitzer-Presse, Stoppold und Festerberg. Eine allgemeine Spannung macht sich bemerkbar. Die Zeugen sind nach Stand und Klasse getrennt; eine ganze Anzahl Waldenburger Richter, die ebenfalls als Zeugen geladen sind, sind für die anderen Zeugen unsichtbar. Bei der Auflösung der Geschworenen wurde sowohl von den Angeklagten als auch von der Staatsanwaltschaft von dem Ablehnungsrecht ausgiebiger Gebrauch gemacht. Angeklagte aus der Geschworenenliste ist Herr Regierungsrat a. D. R. Reindorf. Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor Häuser. Als Vertreter der Anklage fungiert Staatsanwalt Blümel-Waldenburg. Die Verteidigung führen Justizrat Dr. Kamrotz-Breslau und Rechtsanwalt Dr. Cohn-Waldenburg. Die Zahl der geladenen Zeugen beträgt 40, darunter die Genossen Tittel, Michaelis, Tholl, Schiller, Lischer, Kabold, Genoffin Anjorge und ein großer Teil des Personals der „Bergwacht“. Der ehemalige Oberassistent Gallaß ist ebenfalls geladen. Die angeklagten Genossen machen einen ruhigen und zuversichtlichen Eindruck.

Die Verhandlung begann mit der üblichen Rechtsbelehrung der Geschworenen. Die Vernehmung der angeklagten Genossen dauerte bis um 1 Uhr. Nach der Mittagspause begann die Vernehmung von vier Waldenburger Richtern. Ihnen folgt der Hauptbelastungszeuge Buchdrucker Köhler.

Die Verhandlung dürfte voraussichtlich auch noch den ganzen Mittwoch in Anspruch nehmen.

Ohlau, 1. Juli. Schweres Eisenbahnunglück. Als in der Nacht von Sonntag zu Montag der Gutseiger-D. Koniegle aus Baumgarten vom Klegerfeste nach Pause fuhr, wurde sein Gefährt beim Ueberfahren der Bahngleise bei Ohlau von einem gerade heranziehenden Zug überfahren. Beide Pferde wurden vollständig getödtet. Die Droisde gerütmert. Ein Sohn von 10 Jahren erlitt Bein- und Armbrüche; A. selbst eine Wunde am Kopf. Der andere Sohn, sowie eine Nichte blieben so gut wie unverletzt. Ein Wunder ist es, daß die Verletzungen der Insassen der gerütmerten Droisde nicht noch schlimmer sind. Einzelne Erlöse der getödteten Pferde wurden von der West- bis in den hiesigen Bahnhof geschleift. Der Schrankenwärter hatte die Barriere vorzeitig geöffnet und damit das Unglück verschuldet. Er ist seit Montag früh verhaftet worden. Der Zug war kein scharfplanmäßiger, sondern ein Ueberfuhr-Nachwärtzug.

Ohlau, 1. Juli. Feuer. In der Nacht zum Sonntag früh gegen 8 Uhr, wurden die Einwohner durch Feueralarm in große Aufregung versetzt. Es brannte das auf der Poststraße gelegene Wohnhaus des Fleischermeisters Rattner. Als die Wehr eintraf, stand bereits der ganze Dachstuhl in hellen Flammen. Trotdem aus sechs Schlauchgängen das Feuer bekämpft wurde, hatte die Feuerwehr doch zwei Stunden zu tun, um jede Gefahr zu beseitigen. Die benachbarte Apotheke war sehr gefährdet. Das Haus brannte bis zum ersten Stock vollständig nieder. Den Bewohnern des oberen Stockwerks ist die gesamte Habe verbrannt. Leider waren dieselben nicht versichert. Das Feuer wurde zuerst von einer Dachreitgesellschaft im hölzernen liegenden Gasthof bemerkt, die sofort Alarm schlug. Die Bewohner lagen im tiefsten Schlafe und konnten nur mit Mühe und Hilfe von draußen ihr nacktes Leben retten. Die Entstehungsurache ist noch unbekannt.

Wies, 1. Juli. Grauensvoller Mord im Rams-lauer Kreise. Am Sonnabend fand man in einem Getreidefeld an der Chauffee Steinersdorf-Moldau, unweit der Kirchhube, die schrecklich zugerichtete Leiche der aus Klein-Obern flammenden, 33 Jahre alten Obstpächterin Frau Eigenwillig, geb. Marschall. Die Ermordete muß mit ihrem Rade einige Männer beim Kirchenschießen ertrappt haben, denselben zugerufen, daß sie sich entfernen sollten, worauf diese sich auf die Frau stürzten. Sie in das Getreidefeld schleppten und dort ermordeten. Die Leiche wies mehrere Stichwunden im Hals und auf der Brust auf. In der Hand der Toten fand man einen Büschel Haare, die sie einem der Täter bei dem maßregeln Kampf gestohlen haben mag. Es liegt Raubmord vor, da das Geld, das die Ermordete bei sich führte, fehlt. Das Fahrzeug fand man, im Sande begraben, unweit der Tafelstele. Von den Tätern fehlt bis jetzt jede Spur. Ein aus Breslau herbeigeholter Polizeihund vermag nach kurzer Verfolgung einer Spur.

Schweidnitz, 1. Juli. Ein Schussal. Mit einem Stillschneidwerkzeug kaum glaublicher Art beschäftigte sich das fleißige Schürmgericht. Angeklagt war der Stellenbesitzer Karl Kädel aus Steinfelderberg, Kreis Reichensbach, ein jung verheirateter Mann, der Vater eines einjährigen Kindes ist und trotzdem ein Stillschneidwerkzeug gegen eine — 83 Jahre alte, gebrechliche Frau besaß, die sich nur mühsam mit Hilfe eines Krüchens fortbewegen kann. Die Geschworenen sprachen den Angeklagten schuldig, blühten ihm aber noch mildere Umstände zu. Das Urteil lautete auf anderthalb Jahre Gefängnis und drei Jahre Ehrverlust.

Schweidnitz, 1. Juli. Verbrüht. Das 6 Jahre alte Töchterchen des Maschinenreisenden Richter fiel in ein Gefäß mit siedendem Wasser. Das unglückliche Kind wurde alsbald nach dem Krankenhaus der Grauen Schwestern überführt, es starb unter qualvollen Leiden aber schon nach kurzer Zeit.

Sirchberg, 1. Juli. Der belehrte Bureaukratist. Vor einiger Zeit brachten wir die Nachricht, daß die preussische Zollbehörde für das von der groß. Elam-Galassischen Kreisverwaltung in Friedland zum Weberaufbau der Barstraße bei Groß-Nier verwendete Holz, soweit es auf preussischem Gebiet liege, Einfuhrzoll beanspruche. Der Hauptvorstand des N. O. B., hat daraufhin bei der Ubergolldirektion in Breslau gegen die Verfolgung des Breitenholzes Einspruch erhoben, um, wie jetzt bekannt wird, mit Erfolg. Der ungefähr 40 Mk. betragende Zoll soll nicht erhoben werden. Dem heiligen Bureaukratismus ist damit erfreulicherweise ein Schnippen geschlagen.

Sörlich, 1. Juli. Das Opfer eines Verbrechens. Wir berichteten in der letzten Nummer unseres Blattes von dem geheimnisvollen Verschwinden des Engrosschächtermehlers Kothke von hier, Landestronstraße wohnhaft. Zugleich melbten wir auch den Selbstmord seines Vaters Richard Hoffmann an. In die dunkle Kläre ist nun bereits Licht gebracht worden. Es scheint mit Sicherheit festzustellen, daß Kothke von seinem Vaters Hoffmann ermordet und beraubt worden ist. Die Leiche Kothkes wurde am Sonntag mit Schusswunden im Kopfe in einem Roggenfeld in der Nähe von Alslau, Kreis Bunzlau, aufgefunden. Die bei der Leiche vorgefundene Brieftasche war ihres Inhalts — 3000 Mark — beraubt.

Weiter wird uns noch mitgeteilt, daß Kothke und Hoffmann am Freitag vor acht Tagen gemeinsam bis Station Thoma-Maldau, Kreis Bunzlau, gefahren sind. Beide gingen durch die Hofhospizier und setzten den Weg nach Alslau zu Fuß fort. In Martinswalbau lehrten beide in einem Gasthof ein und tranken jeder eine Tasse Kaffee. Von da an verlor sich die Spur des Kothke. Hoffmann kam am Nachmittage allein nach Thoma-Maldau zurück, löste sich eine Fahrkarte nach Steinersdorf, stieg dort aus und fuhr dann mit dem nächsten Zuge nach Sörlich. Er traf in der Nacht hier ein, ging in seine in der Seidenwühlstraße Nr. 33 gelegene Wohnung, wechselte Wäsche und Anzug und entfernte sich gleich wieder. Seine Frau gab an, daß er gleich wieder fortgehen müsse. Hoffmann scheint sich aber die ganze Nacht hier in Sörlich aufgehalten zu haben, denn seine Frau traf ihn am anderen Morgen auf dem hiesigen Markt. Am Sonntag vormittage hielt er sich auf dem Bahnhof auf und fuhr schließlich mit einem Mittagzuge nach Seidenberg. Dort auf dem Bahnhof schrieb er wohl den Brief an seine Frau, in welchem er ihr seinen Entschluß, zu sterben, mitteilte. Der Brief war ursprünglich von Seidenberg aus datiert, später aber wie diese Ortsangabe durchstrichen und Cottbus vorgelesen. Von Seidenberg fuhr Hoffmanns Spur nach Breslau, denn dort löste er seinen auf einem Leihhause verlehren Trauring ein, den er seiner Frau schickte. Von Breslau fuhr er über Sorau nach Cottbus, wo er sich am Mittwoch früh auf dem Kirchhof nachholte, nicht weit vom Grabe seiner früheren Wirtshospizierin, erschob.

Wie weiter gemeldet wird, hat sich jetzt auch die Frau des Hoffmann in ihrer Wohnung mit Leuchtgas vergiftet. Sie wurde am Montag morgen tot aufgefunden. In welchem Zusammenhang dieser Selbstmord mit der Nacht ihres Mannes zusammenhängt, wird die Untersuchung ergeben.

Pischne, 1. Juli. Ein vorsichtiger Selbstmörder. Den Tod durch Ertrinken suchte und fand am Freitag in Neckwitz der 66 Jahre alte Wirtshof Christoph Koy von hier. Um sein Ziel sicher zu erreichen, hatte er seine Taschen mit Steinen gefüllt. Schwermut scheint das Motto zum Selbstmorde gewesen zu sein.

Sunlight Seife

ist in hervor-rader Weise geeignet, die üblen Fettansätze u. schmutzigen Gerüche von Teller, Schüssel, Topf und Pfanne wie auf ein Zauberwort zu entfernen und abblühen glänzend das Geschin wieder in appetitlicher Sauberkeit. Das macht die Sunlight Seife!